

# Holzarbeiter

# Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 3

Berlin, den 16. Januar 1932

40. Jahrgang

## Was wird aus der Holzindustrie?

Diese Frage stellen sich nicht nur die 250 000 seit vielen Wochen und Monaten und teils seit Jahren arbeitslosen Holzarbeiterinnen und Holzarbeiter, auch die heute noch in Beschäftigung stehenden hängen um ihren Arbeitsplatz. Und nicht nur um den Arbeitsplatz, sondern um ihre Zukunft als Holzarbeiter überhaupt. Hören sie doch hier und dort immer wieder Stimmen, die da meinen, die deutsche Holzindustrie werde niemals wieder soviel Arbeiter beschäftigen können wie zum Beispiel im Jahre 1925. Von den damals allein in den holzgewerblichen Betrieben beschäftigten etwa 700 000 Holzarbeitern müßten einige Hunderttausend sich nach einem anderen Beruf umsehen. Keine andere große Industrie werde auf die Dauer, mindestens aber in den nächsten Jahren eine so schlechte Geschäftslage haben wie die Holzindustrie.

Haben jene, die so sprechen, recht oder sehen sie zu schwarz?

Die Antwort darauf können nur Vermutungen sein, wie auch jene Ausführungen nur Vermutungen sind. Wie die Holzindustrie sich tatsächlich entwickeln wird, weiß heute kein Mensch. Mehr als jemals ist gerade im Augenblick nicht nur die nächste Zukunft der Holzindustrie höchst ungewiß, auch die der ganzen deutschen Wirtschaft liegt im tiefsten Dunkel. Aber so ungeheuer schwer und ernst die Lage auch ist, an eine Verewigung der heutigen Wirtschaftskrise, die manche Leute mit sadistischer Wollust prophezeien, glauben wir nicht, wir rechnen mit einem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft. Dieser kann freilich noch einige Zeit auf sich warten lassen und nur sehr langsam vor sich gehen, einmal aber, und zwar in absehbarer Zeit, wird er ganz bestimmt kommen.

Und wenn die allgemeine Wirtschaftslage sich bessert, wird auch die Holzindustrie neue Aufträge bekommen, so daß sie wieder mehr Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen kann. Ob sie aber in den nächsten Jahren alle vorhandenen Berufsangehörigen wieder voll beschäftigen können, ist auch uns fraglich. Vielleicht werden nicht einige Hunderttausend auf der Straße bleiben, wie die Pessimisten annehmen, aber verschiedene Tatsachen lassen befürchten, daß die Beschäftigtenzahl ihre alte Höhe so bald nicht wieder erreichen wird. Die Umstände, die uns zu dieser Vermutung kommen lassen, wollen wir nächstens in einigen Aufsätzen in diesen Spalten darlegen.

Heute wollen wir uns noch kurz mit der gegenwärtigen Lage der Holzindustrie beschäftigen. Aus Einzelbeobachtungen und Statistiken wissen wir, daß viele Betriebe in den letzten

Jahren gänzlich stillgelegt worden sind und andere arbeiten mit einer viel kleineren Belegschaft als im Jahre 1925, dem besten Geschäftsjahr der Nachkriegszeit. Wir wissen aber auch, daß viele neue Unternehmungen entstanden sind und daß eine ganze Reihe von Betrieben heute mehr Arbeiter beschäftigt als damals. Absolut zuverlässige Zahlen stehen aber weder über die eine noch über die andere Seite der Entwicklung zur Verfügung. Am zuverlässigsten ist auch hier wieder die Großbetriebsstatistik unseres Verbandes. Sie erfaßt zur Zeit rund 760 Betriebe aller größeren Branchen. Für 483 Betriebe läßt sich die Entwicklung der Beschäftigtenzahl zurückverfolgen bis 1925. Im Sommer dieses Jahres beschäftigten die 483 Betriebe insgesamt 67 825 Arbeiter. Bis Ende November 1931 waren von diesen Betrieben 172 mit 36 014 Arbeitern stillgelegt. Der Rest von 311 Betrieben beschäftigte noch 31 811 Arbeiter. Von diesen 311 noch arbeitenden Betrieben hatte die große Mehrzahl im November 1931 weniger Arbeiter als im Sommer 1925, aber 77 Betriebe hatten ihre Belegschaft vergrößert, und zwar von 9102 auf 15 912 oder um 74,8 Prozent.

Diese 77 Betriebe verteilen sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Möbel 34 Betriebe mit jetzt 8370 Arbeitern, das sind 3583 mehr als 1925; Weiße Möbel 8 Betriebe mit 1437 Arbeitern, das sind 482 mehr; Büromöbel 3 Betriebe mit 288 Arbeitern, das sind 49 mehr; Fenster und Türen 3 Betriebe mit 444 Arbeitern, das sind 180 mehr; Innenausbau 3 Betriebe mit 312 Arbeitern, das sind 42 mehr; Stühle 9 Betriebe mit 1460 Arbeitern, das sind 507 mehr; Holzwaren 6 Betriebe mit 969 Arbeitern, das sind 349 mehr; Sperrholz 8 Betriebe mit 2509 Arbeitern, das sind 1595 mehr; Kisten 3 Betriebe mit 123 Arbeitern, das sind 23 mehr als 1925.

Alle anderen in die Untersuchung einbezogenen Branchen haben keinen Großbetrieb aufzuweisen, der im November des vergangenen Jahres eine größere Belegschaft hatte als im Sommer 1925. Sehr schlimm sieht es in der Klavierindustrie aus: Von den 64 Großbetrieben mit 14 305 Arbeitern im Jahre 1925 arbeiteten im November 1931 noch 23 Betriebe mit zusammen 1883 Arbeitern. Auch mit der Sägewerksindustrie ist es erschreckend bergab gegangen: Hier sank die Zahl der arbeitenden Betriebe von 66 auf 40 und die Zahl der Arbeiter von 8178 auf 2767. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in einigen anderen, aber weniger bedeutungsvollen Branchen.

Die Schwarzseher stützen ihre Vermutungen über die nächste Zukunft der Holzindustrie vor allem auf die Tatsache, daß deren Geschäftslage schon seit Jahren schlechter ist als die der meisten anderen Industrien. Das beweisen am besten die Arbeitslosenzahlen. Im Jahresdurchschnitt 1926 waren von den Mitgliedern unseres Holzarbeiter-Verbandes 27,5 Prozent arbeitslos, in allen Verbänden des ADGB, zusammen waren es 18,2 Prozent. Auch in den folgenden Jahren hatte die Holzindustrie verhältnismäßig mehr Arbeitslose als die Gesamtwirtschaft. Im Jahresdurchschnitt 1931 (Januar bis November, die Zahlen für Dezember liegen noch nicht vor) waren von den Holzarbeitern 49,9 Prozent arbeitslos, gegen „nur“ 34,0 Prozent in allen Verbänden. Diese Differenz wird bei weitem nicht dadurch ausgeglichen, daß die Holzindustrie im letzten Jahr weniger Kurzarbeiter hatte, nämlich durchschnittlich 11,9 Prozent, gegen 19,4 in der Gesamtwirtschaft.

Auch die Konkursstatistik spielt insbesondere in den Betrachtungen der Unternehmer über die Lage der Holzindustrie eine gewisse Rolle. Nach den vorläufigen Zahlen für 1931 haben in diesem Jahre rund 1150 holzgewerbliche Unternehmungen den Konkurs

angemeldet und weitere 430 beantragten das Vergleichsverfahren. Zusammen sind das 1580 Zusammenbrüche. Im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1930 gerieten jährlich rund 750 Betriebe in offene Zahlungsschwierigkeiten. Also auch an den Konkurs- und Vergleichsverfahrenszahlen gemessen war 1931 das schlimmste aller bisherigen Jahre.

Im übrigen aber können aus der Zahl dieser Zusammenbrüche weitgehende Schlüsse nicht gezogen werden, denn unter den in Konkurs geratenen Betrieben sind viele, die niemals eine Existenzberechtigung hätten. Daneben freilich auch alte und ehemals sehr gesunde Unternehmungen, die als bedauerliche Opfer der Wirtschaftskrise auf der Strecke geblieben sind. Stellt man die Zahl der Zusammenbrüche in Vergleich zur Gesamtzahl der vorhandenen Betriebe, dann kamen etwa 0,6 Prozent der Betriebe in Konkurs oder beantragten das Vergleichsverfahren. Dieser Verlust ist zu ertragen. Ein Rückgang in der Zahl der Betriebe wird wahrscheinlich überhaupt nicht eingetreten sein, denn trotz der schlechten Geschäftslage der Holzindustrie sind ständig neue Unternehmungen entstanden, teils in den Räumen der zusammengebrochenen Betriebe, teils in neuen Werksanlagen. Nur die Zahl der beschäftigten Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen ist gewaltig zusammengeschrumpft, sie tragen die Hauptlast der schweren Wirtschaftskrise.

## Die Gewerkschaften sind das Zentralproblem

Arbeiter und Unternehmer erkennen in den Gewerkschaften das Kampfinstrument, mit dem die Arbeiterschaft auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, auf das Niveau ihres wirtschaftlichen und sozialen Daseins bestimmend Einfluß nehmen kann. Es ist daher ganz logisch, es entspricht der Klassendialektik, daß das Unternehmertum, speziell in der Periode der schwersten Krise des Kapitalismus, die Gewerkschaften als einen Todfeind seines Herrschaftssystems bekämpft. Des Kapitals zeitgeschichtliche Hauptwaffe dabei ist der Faschismus in der Form eines modernen Landknechtums, das als Soldtruppe für jede Schand- und Bluttat zu haben ist. Das Kapital handelt nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt alle Mittel! Oder, wie der Nazitheoretiker Herbert Blank sagt: „Da ist alles, aber auch alles erlaubt, wenn es nur zum Erlöse führt.“ („Weichensteller Mensch“, Seite 39, Kampf-Verlag.) Über das Nazitum herrscht denn auch innerhalb der wirklichen Arbeiterschaft, abgesehen vielleicht von den geistig allerrückständigsten Resten, nur die eine Meinung: es ist ein vom Kapital aufgezüchteter und gefütterter Kettenhund zur Sicherung der Zinsknechtschaft des arbeitenden Volkes.

Innerhalb der Arbeiterschaft gab es schon vor dem Kriege Meinungsverschiedenheiten über die gewerkschaftliche Taktik, die ihre Wurzeln im Weltanschaulichen haben. Die Dinge sind heute kompliziert durch Differenzen innerhalb der ideologisch gleichgerichteten, der sozialistisch eingestellten

Arbeiterschaft. Als Auswirkung dieser Differenzen erlebten wir ein teilweises Abdrängen in die Passivität, Absplitterungen, Versuche, die Gewerkschaften zu spalten, zu zerstören, neue Gebilde aufzuziehen. Von den „Linksradikalen“ Hamburgs kam 1919 die Idee und Propaganda, mit der man durch die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation die Revolution zum Siege führen wollte. Später kamen von der KPD-Seite in wechselnder Folge die Versuche, mit Unions, Einheitsverbänden und wie man die Kinder dilettantischer Phantasie zu taufen beliebte, das Heil zu bringen. Wie nicht verhehlt werden soll, wurden dergleichen „revolutionäre“ Unternehmungen — bis zu Lenins Tode — von russischen bolschewistischen Theoretikern mit Spott und Hohn überschüttet. Lenin selbst widmete den Spaltbrüdern seine bekannte Schrift „Kinderkrankheiten des Radikalismus“. Auch nachher gab es noch ethische Verdammnisse gegen die Spalter, aber das waren dann nur opportunistische Zeitbekenntnisse. Herr Heinz Neumann z. B. zeitweilig das geistige Haupt der KPD, und während der Herrschaftsperiode der Ruth Fischer-Maßlow ein leuchtender Komet an deren Sternenhimmel, bezeichnete diese Gotter nach ihrem Sturz in einer besonderen Broschüre wegen ihrer Antigewerkschaftspolitik als wildgewordene Spießer. Seit 1923 schwankt der von der RGL dirigierte Kurs in der Gewerkschaftstagen hin und her. Mal heißt die Parole: Eigene Laden, Spaltung, Zerstörung der Gewerkschaften! Dann wieder

lautet der Befehl: Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus! Oder es laufen beide Parolen nebeneinander her. Hier lehnt man Einheitsfront mit Reformisten und Sozialisten „grundsätzlich“ ab, dort überschreit man sich in „Einheitsfront von unten auf!“ Das Sprachengewirr beim Turnbau zu Babel verblaßt vor der Buntscheckigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsparolen.

Wie tiefgehend die Gewerkschaftsfrage die Arbeiterschaft bewegt, welche übertragende Bedeutung man ihr beimißt, beweist noch der Umstand, daß diese Frage auch Parteien mit Spaltungen bedroht. Die erste Spaltung aus diesem Motiv hat die KPD. mit der KPO. erlebt. Der Hauptgrund, man darf sagen: der einzige Grund für die Neugründung, unter Führung von Brandler und Thalheimer, war die Gewerkschaftsfrage. Grundsätzlich lehnten die Anhänger dieser Gruppe jede Art von Spaltung und Zerstörung irgendwelcher proletarischer Massenorganisation ab. Unter Beachtung demokratischer Grundsätze und der gewerkschaftlichen Organisationsgesetze wollten sie die Gewerkschaften geistig, revolutionär beeinflussen. Um dieser Frage willen steht nun die KPO. selbst vor einer Spaltung: Die Reichsleitung ist schon vor Wochen auseinandergebrochen: Fröhlich, Walcher, Enderle und Köhler sind ausgetreten. Brandler und Thalheimer wollen den Kanossengang nach Moskau machen. Aus diesem Grunde soll nun auch die RGO-Politik, wenn nicht öffentlich verteidigt, so doch toleriert werden. Da man die Widerstrebenden durch einen Beschluß des Reichsleitungstorsos binden will, sind umfangreiche Ausschlüsse oder Abspaltungen kaum noch zu verhindern.

Die Gewerkschaftsfrage bereitet der SAP ebenfalls schon Schwierigkeiten. Aus Kreisen der Jugendlichen, die die Gewerkschaften lediglich aus der Gegenwartssituation beurteilen, sie wesentlich nur in der Defensive sehen, kommt kategorisch die Forderung nach Frontstellung der neuen Partei gegen die Gewerkschaften, um sie zu Kampfmaßnahmen zu zwingen, und wie man sagt, sie aus der Gefolgschaft der SPD. zu reißen. Die Stürmer wissen noch nichts von der Eigengesetzlichkeit gewerkschaftlichen Handelns, die von keiner Parteimaßnahme inhibiert werden kann, an der schließlich jedes gewerkschaftsfeindliche Anstürmen zerschellt.

Zweifellos haben die verschiedenen aus Unkenntnis oder Bosheit unternommenen Angriffe auf die Gewerkschaften, die systematischen Verleumdungen, die elende „Bonzen-

hetze, ein Sammelsurium teils gewollter, teils unbewußter konterrevolutionärer Maßnahmen, die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt, mittelbar die des Unternehmertums gestärkt, zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft. Das ist das einzige unruhliche Pluskonto, das die Spalter und Mächtigen-Gewerkschaftsvernichter bei der RGO. und bei den Hakenkreuzlern buchen können. Was schon das Schicksal der verschiedenen gewerkschaftlichen Neugründungen, heute nur noch Schall und Rauch, erhärtet, das bescheinigt uns ausdrücklich Herr Losowski, der Oberführer der RGI. Sein Urteil über die RGO. lautet: Pleite! Als Zeugen dafür haben wir die „Internationale Pressekorrespondenz“, das parteiamtliche Organ der Komintern. Es berichtet über die 8. Tagung des Generalrats der RGI. am 7. und 8. Dezember 1931 in Moskau:

„Über den organisatorischen Stand der RGO.-Sektionen erklärte Genosse Losowski, daß . . . das Netz der unteren Organe und die Arbeit in den Betrieben bis auf den heutigen Tag die größte Schwäche aller RGO.-Sektionen ist. Wir müssen ein bedenkliches Zurückbleiben hinsichtlich . . . unseres Einflusses feststellen. . . Die Arbeit in den vorhandenen Verbandssektionen ist viel zu schwach. . . in den reformistischen Gewerkschaften . . . immer noch schlecht. . .“

Man bedenke: der Bericht ist für die Öffentlichkeit zurechtgemacht, dementsprechend getönt, frisiert. Sicher hat Losowskis Generalschau und -kritik ein noch viel trostloseres Bild geliefert, als mit dem obigen Bericht nur schlecht verschleiert wird. Aber offene oder frisierte Kritik, keine wird der RGO. Erfolge oder gar Siege bringen, wenn man nicht in der Schwächung der Arbeiterschaft und in Niederlagen Erfolge und Siege sehen will. Die RGO.-Politik hat selbst in den Reihen der KPD-Mitglieder und bei den gelegentlichen Mitgängern keine innerlich überzeugten, begeisterten Anhänger. Man darf gegen Parteibefehle kein Wort der Kritik wagen, man schweigt daher und verhält sich, wie Losowski bezeugen muß, passiv. Die RGO. lebt eigentlich nur noch von der Konkurrenz mit den Nazis — im Schimpfen auf die „kapitalistischen“ Gewerkschaften. Ist erst die Hakenkreuzpest überwunden, der Nazispuk vorbei, dann wird man auch die RGO. — sang- und klanglos — zu Grabe tragen. Das mag für jeden klassenbewußten, nicht wankelmütigen Gewerkschafter ein Trost sein. Die Schwätzer, Phrasenreue, die Kaffeestubenrevolutionäre werden wie Spreu aufliegen, der Gewerkschafter jedoch wird weitermarschieren — und siegen. W. D.

## Währungspolitik und Arbeitsbeschaffung

II. (Schluß aus Nr. 2.)

Diese Frage der Möglichkeit, die Wirtschaft von der Geldseite her anzukurbeln, wird von Woytinsky grundsätzlich bejaht, wobei er sich bewußt ist, daß es sich hier keineswegs um eine totale Lösung des ganzen Krisenproblems handelt. „Kurzweilige“ Krisenerscheinungen und Schwankungen sowie strukturelle Veränderungen, die zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen, sind von der Geldseite her unmittelbar nicht zu beeinflussen. Jene Krisenerscheinungen jedoch, die auf die „langweiligen“ Bewegungen zurückzuführen sind, können durch Vermehrung der Geldmenge bekämpft werden. Dadurch könnte zunächst erreicht werden, daß die Krisen gehindert und abgekürzt, während die Aufschwungstendenzen verlängert werden könnten. Selbstverständlich wäre auch damit sehr viel erreicht.

An eine „Golderschöpfung“ wird natürlich nicht gedacht, solche alchemischen Pläne scheiden selbstverständlich aus dem Bereich erster Erwägungen aus. Es wird vielmehr eine zusätzliche Gelderschöpfung im internationalen Maßstabe in Aussicht genommen. Der Notenumlauf der Welt schwankt gegenwärtig um 100 Milliarden Mark, seine gesetzliche Golddeckung beträgt 40 Milliarden Mark. Durch eine internationale Vereinbarung der Herabsetzung der Mindestgrenze der Golddeckung von 40 auf 30 Prozenten würde den Notenbanken eine zusätzliche Gelderschöpfung im Gesamtbetrag von über 30 Milliarden Mark ermöglicht sein.

Wie sollen aber nun die neuen Geldmittel verwertet werden? Eine zweckmäßige Verwertung dieser Mittel in den Grenzen jeder einzelnen Volkswirtschaft ist unmöglich. Planlose Anlagen der freien Mittel im Ausland könnten nur neue Erschütterungen der Weltwirtschaft zur Folge haben. Es kommt also alles auf eine vernünftige Verteilung des neugeschaffenen Kapitals an. Diese Verteilung kann nicht den einzelnen Privatkapitalisten und auch nicht ihren Organisationen übertragen werden. Vielmehr muß damit eine besondere, durch eine internationale Vereinbarung von den Regierungen eingesetzte Zentralstelle, vielleicht die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich in Basel oder ein besonderer Ausschuß des Völkerbundes, beauftragt werden.

Diese Zentralstelle würde den einzelnen Regierungen Anleihen zuteilen, die am zweckmäßigsten der Arbeitsbeschaffung dienen würden. Woytinsky sieht übrigens in der internationalen zusätzlichen Gelderschöpfung die einzige praktische Möglichkeit der Finanzierung eines wirksamen internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms, da in Zeiten der Krise weder größere öffentliche Mittel noch auswärtige Anleihen für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen. Das Programm der Arbeitsbeschaffung, das im Juni 1931 vom Internationalen Arbeitsamt der Internationalen Arbeitskonferenz vorgelegt worden ist, ist an und für sich sehr zweckmäßig und könnte bei der Überwindung der Welt-

krisen eine bedeutende Rolle spielen, es scheint jedoch leider in der Luft zu schweben, weil die Frage der Finanzierung ungelöst bleibt. Hier hakt nun Woytinsky ein, indem er das Einpumpen der zusätzlichen Geldmenge in die Weltwirtschaft, die „ohne jede Gefahr für die Stabilität der Währung“ der Stabilisierung der Warenpreise und darüber hinaus ihrer allmählichen Steigerung im Interesse der Ankurbelung der Wirtschaft dienen soll, mit der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Internationalen Arbeitsamts verbindet. Seine Vorschläge gipfeln, wie nach dem Ausgeführten ohne weiteres klar sein dürfte, in einer allgemeinen gleichmäßigen Herabsetzung der Mindestgrenze der Golddeckung der Noten auf Grund einer internationalen Vereinbarung zwischen den Notenbanken der wichtigsten Staaten.

Gleichzeitig müssen die Notenbanken ein Abkommen über die Verwendung der neu zu schaffenden Mittel treffen. Diese dürfen nicht unmittelbar in den freien Verkehr in den einzelnen Ländern gesetzt, sondern einer zentralen Stelle zwecks einer planmäßigen Verteilung zugeführt werden. Diese Stelle gibt eine große internationale zinslose Anleihe heraus, die in 10 Jahren tilgbar sein und von den Notenbanken übernommen werden soll. Die letzteren zahlen nun für die von ihnen übernommenen Anleihestücke an die Zentralstelle Beträge ein, die aus der von ihnen auf Grund des internationalen Übereinkommens vorgenommenen zusätzlichen Geldschöpfung stammen. Aus den durch die internationale Anleihe auf diese Weise aufgetragenen Mitteln werden einzelnen Staaten billige Arbeitsbeschaffungskredite eröffnet. Eine internationale Kommission, die aus den Vertretern der Notenbanken, der Regierungen, Arbeiter und Unternehmer bestehen soll, muß über die öffentlichen Arbeiten in einzelnen Ländern Kontrolle ausüben und dafür sorgen, daß sie die Entwicklung des internationalen Verkehrs sowie den sozialen Fortschritt möglichst fördern und nicht zur Entstehung weltwirtschaftlich überflüssiger und durch ihre Überkapazität schädlicher Produktionsanlagen führen.

Das sind im wesentlichen die Vorschläge von Woytinsky. Er selbst weist ausdrücklich darauf hin, daß er darin keine fertige Lösung aller Krisenprobleme erblicke. „Sie sollen lediglich zeigen, in welcher Richtung — nach der Überzeugung des Verfassers — die Lösung zu suchen wäre.“ Woytinsky ist sich auch der Tatsache bewußt, daß die internationale Geldschöpfungspolitik, wie sie ihm vorschwebt, nicht aus der Gesamtheit anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen herausgerissen werden darf, die gleichfalls dem Zweck der Bekämpfung der Krise dienen sollen.

Gegen die Gedankengänge von Woytinsky können sehr viele Einwände erhoben werden, seine Vorschläge sind ja bereits zum Gegenstand einer großen Diskussion innerhalb der deutschen und auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung geworden. (Vergleiche das Juli-Heft 1931 der „Arbeit“ mit den Aufsätzen von Fritz Naphthali. „Neuer Angelpunkt der aktiven Konjunkturpolitik oder Fehlleitung von Energien“, und von Woytinsky: „Und dennoch Weltwährungspolitik gegen die Weltwirtschaftskrise.“) Hier wollten wir nur die Gedankengänge und Vorschläge von Woytinsky der breiteren gewerkschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich machen.

G. Bienstock.

## Gewalttaten der Nazis

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht eine 238 Seiten starke Denkschrift, in welcher über 1484 nationalsozialistische Gewalttaten, die im Laufe der letzten zwei Jahre begangen worden sind, berichtet wird. Das Ergebnis der nationalsozialistischen „Erneuerung Deutschlands“ in dieser Zeit sind 62 Tote und 3200 Verletzte. Wir entnehmen der Denkschrift folgende dokumentarisch belegte Tatsachen:

589mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter 167mal der Besitz von Schußwaffen bis zum Maschinengewehr;

42mal wurden systematisch sozialdemokratische, 39mal andere Versammlungen gesprengt, 9mal erfolgten Angriffe auf die Referenten;

26mal erfolgten Überfälle auf Volks-, Gewerkschafts- und Konsumvereinshäuser, 14mal auf gegnerische Zeitungen, 5mal auf gegnerische Zeitungsverkäufer, 11mal auf Presseberichterstatler und Redakteure;

33mal wurden Überfälle auf gegnerische Lokale bekannt. In anderen öffentlichen Wirtschaften wurden 31mal schwere Ausschreitungen begangen, auf öffentlichen Verkehrsmitteln 10mal;

100mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 281mal von Reichsbannerangehörigen, 39mal von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend und 25mal auf Arbeitersportler gemeldet;

35mal wurden Angehörige bürgerlicher Parteien mißhandelt; 19mal Kinder, 30mal Frauen;

32mal erfolgten die Überfälle auf Kommando, 43mal erfolgten sie von SA-Heimen oder nationalsozialistischen Lokalen aus;

31mal wurden Angriffe auf die Wohnungen Andersdenkender gemacht, darunter dreimal auf ganze Arbeiterwohnblocks. 101mal entstand schwerer Sachschaden. In 3 Fällen erfolgte Brandstiftung, 11mal wurde Tränengas, 10mal Stinkbomben verwandt;

86mal wurden organisierte, bewaffnete Provokations- und Schlägertrupps festgestellt;

56mal wurden Polizeibeamte angegriffen; 11mal andere Beamte, 4mal Reichswehrangehörige. Trotz des Mangels an besonderen Meldungen konnten allein 34 planmäßige Verstöße gegen behördliche Anordnungen festgestellt werden;

9mal wurden Friedhöfe geschändet, Totengedenktafeln und Hindenburgbilder zerstört;

nachweisbar erfolgten 19mal ausgesprochen sadistische Exzesse;

In 17 Fällen wurde der Vollzug der „Feme“ gegen eigene Parteifreunde bekannt. Dasselbe ist die wahre Legalität der Hitler-Partei!

## Die neuen Postgebühren

Eine Ermäßigung der Gebühren für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete ist am 15. Januar in Kraft getreten. Die Gebühr beträgt nunmehr:

für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Pf., über 20 bis 250 Gramm 25 Pf., über 250 bis 500 Gramm 40 Pf.;

für Postkarten im Fernverkehr 6 Pf.;

für Pakete die in der nachfolgenden Übersicht zusammengestellten Gebührensätze, zu denen bei Nichtabholung eine Zustellgebühr von 15 Pf. für jedes Paket hinzutritt, die auch vom Absender vorausgezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nicht freigemachte Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich wird neben dem Fehlbetrag ein Gebühreuzuschlag von 10 Pf. nacherhoben. Die neuen Paketgebühren betragen im einzelnen:

Pakete	Gebühr				
	1. Zone bis 75 km Mk	2. Zone über 75—150 km Mk	3. Zone über 150—375 km Mk	4. Zone über 375—750 km Mk	5. Zone über 750 km Mk
bis 5 kg	0,30	0,40	0,60	0,60	0,60
„ 6 kg	0,35	0,50	0,80	0,90	1,—
„ 7 kg	0,40	0,60	1,—	1,20	1,40
„ 8 kg	0,45	0,70	1,20	1,50	1,80
„ 9 kg	0,50	0,80	1,40	1,80	2,20
„ 10 kg	0,55	0,90	1,60	2,10	2,60
„ 11 kg	0,65	1,05	1,80	2,35	2,90
„ 12 kg	0,75	1,20	2,—	2,60	3,20
„ 13 kg	0,85	1,35	2,20	2,85	3,50
„ 14 kg	0,95	1,50	2,40	3,10	3,80
„ 15 kg	1,05	1,65	2,60	3,35	4,10
„ 16 kg	1,15	1,80	2,80	3,60	4,40
„ 17 kg	1,25	1,95	3,—	3,85	4,70
„ 18 kg	1,35	2,10	3,20	4,10	5,—
„ 19 kg	1,45	2,25	3,40	4,35	5,30
„ 20 kg	1,55	2,40	3,60	4,60	5,60

Im Paketverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wird die Gebühr der jeweilig nächstniedrigeren Zone in Ansatz gebracht.

# Schluß mit den Reparationen!

In wenigen Tagen tritt in Lausanne eine Konferenz der Regierungsvertreter zusammen, die entscheidende Beschlüsse in der Reparationsfrage zu fassen haben wird. Die Reparationsfrage ist die Schicksalsfrage nicht nur Deutschlands, sondern aller Völker. Die untragbaren Lasten, die kurz-sichtiger Siegerübermut dem deutschen Volke auferlegt hat, haben sich zum Fluch nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger des Weltkrieges ausgewirkt. Die Wirtschaft aller Staaten ist auf das tiefste erschüttert, die ungeheure Arbeitslosigkeit, von der alle Kulturvölker heim-gesucht sind, ist dafür der sichtbarste Ausdruck. Deshalb erhebt die Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern aller Län-der immer lauter den Ruf: Fort mit den Reparationen!

Über die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem wichtigen Problem hat sich der Abgeordnete Wilhelm Keil in einem viel-beachteten Artikel in der „Schwäbischen Tagwacht“ ausgesprochen. Es heißt in diesem Artikel:

„Seit 13 Jahren hat die deutsche Sozial-demokratie mitgetragen an der Verantwortung für Akte der Außenpolitik, die Folgen nicht ihrer eigenen, sondern der Hand-lungen ihrer schärfsten Gegner im alten kaiserlichen Deutschland waren. Sie ist in dieser ganzen Zeitspanne von ihren inner-politischen Feinden grundlos mit der Schuld für diese Politik belastet worden. Sie muß jetzt noch entschiedener als bei den frühe-ren Entscheidungen dafür sorgen, daß die Verantwortlichkeiten klargestellt werden.“

Ob es sich im November 1918 um den Waffenstillstand, im Juni 1919 um den Ver-sailler Vertrag, im Mai 1921 um das Lon-doner Ultimatum, im August 1924 um den Dawes-Plan oder im März 1930 um den Young-Plan handelte, nie hat die Sozial-demokratie versäumt, auf die Gefahren hin-zuweisen, die mit diesen Entscheidungen verbunden waren.

Die Bedenken der sozialdemokratischen Volksbeauftragten gegen die Waffens-tillstandsbedingungen waren so stark, daß sie erst nach der Zustimmung des Generalfeldmarschalls Hindenburg sich ihnen beugten.

Zum Versailler Vertrag ließ die Sozialdemokratie durch den Abgeordneten Löbe in der Nationalversammlung erklären, daß sie sich nach schwerstem innerem Ringen für die Unterzeichnung ausspreche, um noch Fürchterlicheres vom deutschen Volke fernzuhalten, „aber was undurchführ-bar ist“, sagt die Erklärung weiter, „bleibt auch nach unserer Unterschrift undurch-führbar.“

Die Annahme des Londoner Ulti-matums wurde vom Abgeordneten Wels namens der sozialdemokratischen Fraktion folgendermaßen begründet:

„Unter dem Druck angekündigter militä-rischer Gewaltmaßregeln, angesichts des drohenden Verlustes lebenswichtiger deut-scher Landesteile in West und Ost ist das deutsche Volk gezwungen, binnen kürzester Frist ohne Vorbehalt und Bedingungen einen Plan anzunehmen, dessen dauernde und vollständige Ausführung für die ar-beitende Bevölkerung nicht bloß Deutschlands, sondern ganz Europas die allergrößten Ge-fahren in sich birgt.“

Die Nichterfüllung der Londoner Bedin-gungen führte im Januar 1923 zur Ruhr-besetzung, an deren Ende 1924 der Dawes-Plan stand. Zu diesem Plan erklärte die Sozialdemokratie durch den Abgeordneten Dr. Hilferding:

„Wir sehen im Dawes-Vertrag kein defi-nitives Ende, sondern den Anfang zu neuen Verhandlungen.“

Vom Young-Plan sagte der sozial-demokratische Reichskanzler Hermann Müller, daß kein Mensch in der Welt über seine Auswirkungen etwas Sicheres prophe-zeien könne, daß er aber die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten enthalte. Die sozialdemokratische Fraktion ließ dazu von den Abgeordneten Dr. David und Stampfer noch erklären, sie stimmten dem Plan nur zu, weil er die deutschen Lasten im Vergleich mit dem Dawes-Plan erheblich senke, sie teile aber die Illusion nicht, daß der Young-Plan eine unerhörte Blüte der deutschen Wirtschaft herbeiführen werde.

Die Sozialdemokratie hat also bei allen diesen Entscheidungen gewissenhaft abge-wogen, wie den Interessen des deutschen Volkes am besten gedient werde. Jetzt aber muß sie, bevor ein neuer Plan vorliegt, mit aller Klarheit aussprechen, daß die Zukunft Deutschlands, Europas und der ganzen Welt es erfordert, nun endlich den Schluß-strich unter dem Reparationskapitel zu ziehen.

Die Reparationspolitik hat sich als ein zerstörender Ausfluß rein kapitalistischer Staats- und Wirtschaftsauffassung erwiesen, der die nackte Existenz von vielen Mil-

# Die Hitlerbanden werden nicht siegen!

Ihre Wahlsiege in den letzten Jahren haben den Nationalsozialisten den Kamm mächtig schwellen lassen. Schon glauben sie die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben. Am meisten jubeln sie über ihren „Einbruch in die marxistische Front“. Davon schwätzen sie die ganze Zeit und bei jeder Gelegenheit mit dem Erfolg, daß auch mancher organisierte Arbeiter dieses Ge-schwätz für eine feststehende Tatsache hält. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus: Die Wahlsiege der „Nationalsozialisti-schen Arbeiterpartei“ gehen einzig und allein auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Ganz besonders einleuchtend nachgewiesen wird das in einem Aufsatz von Werner Stephan in der „Zeitschrift für Politik“. Der Ver-fasser unterzieht die Ergebnisse aller Wahlen seit der Reichstagswahl im Sep-tember 1930 einer eingehenden Unter-suchung. Stephan gliedert die acht Länder, in denen im vergangenen Jahre gewählt wurde und die nach ihrer wirtschaftlichen und konfessionellen Struktur sehr verschie-den sind, in vier Gruppen. Damit schafft er die Möglichkeit, ziemlich alle im Reichs-gebiet vorhandenen Tendenzen zu erkennen und diese Einzelergebnisse für ganz Deutsch-land auszuwerten. In den Ländern der ersten Gruppe (Braunschweig, An-halt und Schaumburg-Lippe), die alle zu 95 bis 99 Prozent evangelisch sind und neben einer entwickelten Landwirt-schaft einen starken industriellen Einschlag haben, erhielten in Prozent der abgegebenen Stimmen:

Als dritte Gruppe faßt Stephan die Han-sastädte zusammen, mit fast aus-schließlich evangelischer und gewerblicher und kaufmännischer Bevölkerung. Es er-hielten in Prozent der Stimmen:

	Hamburg		Bremen	
	1931	1930	1931	1930
Nationalsozialisten	26,2	19,2	25,6	12,0
Bürgerliche Parteien	22,9	29,3	30,2	40,1
SPD. und KPD.	49,5	50,0	42,1	45,5

In diesen beiden Industrie- und Handels-städten sind die Wahlerfolge der National-sozialisten recht bescheiden. Das Bürger-tum ist hier zur Nazibewegung etwas kriti-scher eingestellt als in manchen anderen Gegenden. Bedenklich ist der Stimmen-rückgang der SPD. und der KPD. in Bremen, aber dabei spielen wohl gewisse örtliche Vorkommnisse eine Rolle. Nun die letzte Gruppe, Hessen und Oldenburg. In beiden Ländern kommt auch das Zentrum mit in Frage. Hier er-hielten in Prozent der Stimmen:

	Hessen		Oldenburg	
	1931	1930	1931	1930
Nationalsozialisten	37,1	18,5	37,3	27,3
Bürgerliche Parteien	10,6	27,5	15,9	26,9
Zentrum	14,3	13,9	17,6	17,1
SPD. und KPD.	38,0	40,1	28,2	28,7

Die Wahlergebnisse aus Hessen und Oldenburg zeigen am klarsten, woher die nationalsozialistischen Stimmen kommen: Der Zusammenbruch der bürger-lichen Parteien ist der Aufstieg der Nationalsozialisten. Die Ar-beiterschaft hat zwar in Hessen einen kleinen Verlust zu verzeichnen, im ganzen ist ihre Front aber auch hier angriffest. Welche Folgerungen sind aus diesen Wahlergebnissen nun für die nächste Zu-kunft zu ziehen? Stephan ist der Meinung, daß in den erwähnten Freistaaten die Nationalsozialisten den bürgerlichen Parteien schon so ziemlich alle Wähler abgewonnen

haben, die für das „Dritte Reich“ schwär-men. Ist dem so, dann würde, wenn man diese Einzelergebnisse auf das ganze Reich überträgt, heute eine Reichstagswahl fol-gendes Ergebnis haben: Sozialdemokraten und Kommunisten erhalten 35 Prozent der abgegebenen Stimmen, Nationalsozialisten ebenfalls 35 Prozent, Zentrum und Baye-rische Volkspartei 15 Prozent, alle anderen bürgerlichen Parteien zusammen auch 15 Prozent.

Inwieweit diese Berechnungen mit dem tatsächlichen Verlauf der Dinge überein-stimmen werden, steht natürlich dahin. Nur soviel ist sicher, daß die Nationalsozialisten niemals die Mehrheit der deutschen Wähler für sich gewinnen werden. Immer-hin würde es ihnen bei einer Reichstagswahl in dieser Zeit gelingen, die stärkste Partei zu werden. Das zu verhindern, ist Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft. Der Auf-klärungskampf gegen die Nazi-bewegung muß von allen Arbeitern und Arbeiterinnen jederzeit und bei jeder Ge-legenheit geführt werden. Immer eingedenk der Tatsache, daß der Sieg der National-sozialisten ein Sieg der Scharf-macher über die vorwärtsstrebende Ar-beiterschaft ist.

# Berechnung der Bürgersteuer

Aus verschiedenen Zuschriften entnehmen wir, daß in vielen Fällen eine höhere Bürger-steuer gefordert wird, als der Betreffende nach dem Gesetz zu zahlen hat. Die Berech-nung der Bürgersteuer hat vom Einkom-mensteuerpflichtigen Einkommen zu erfolgen. Einkommensteuerpflichtig ist aber nicht das ganze Einkommen, sondern nur der nach Abzug der steuerfreien Beträge verblei-bende Teil. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen sind für alle Arbeiter und Arbeiterinnen steuerfrei 1220 Mk. im Jahr (720 Mk. steuerfreier Betrag und 500 Mk. für Werbungskosten und Sonderleistungen laut der Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer vom 1. Oktober 1931). Diese 1220 Mk. sind vom Jahresarbeitsverdienst abzuziehen und nur der verbleibende Teil kommt für die Bürgersteuer in Frage. Angenommen: ein Arbeiter verdiente 1930 (im allgemeinen wird das Einkommen im Jahre 1930 der Berechnung der Bürger-steuer für 1931, also der Steuer, die jetzt zu zahlen ist, zugrunde gelegt) insgesamt 2400 Mk. Dann ist nicht diese Summe zu versteuern, sondern der Betrag von 1180 Mark (2400 — 1220 = 1180 Mk.). Der ledige Arbeiter hat dann in Gemeinden, die 100 Prozent des reichsgesetzlich vorge-schriebenen Bürgersteuersatzes erheben, nicht 6 Mk., sondern nur 3 Mk. zu zahlen, und wenn er verheiratet ist, nicht 9 Mk., sondern nur 4,50 Mk. In Gemeinden mit 300 Prozent Bürgersteuer sind es im ersten Falle statt 18 Mk. nur 9 Mk. und im zweiten Falle statt 27 Mk. nur 13,50 Mk.

Die Arbeiter werden gut tun, ihre Steuer-karte sofort daraufhin zu prüfen, ob ihre Bürgersteuer richtig berechnet ist. Ist das nicht der Fall, so haben sie bei der zustän-digen Gemeindebehörde sogleich Einspruch zu erheben.

Im übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen über die Bürgersteuer in Nummer 1 der „Holzarbeiter-Zeitung“.

# Rückgang der Lebenshaltungskosten

Der Lebenshaltungsindex ist von Januar bis Dezember 1931 von 140,4 auf 130,4 zu-rückgegangen. Der Rückgang betrug zehn Punkte oder etwas über 7 Prozent. Rück-gängig waren hauptsächlich die Ziffern für Ernährung und Bekleidung. Zieht man in Betracht, daß im Jahre 1931 Lohnverminde-rungen in außergewöhnlichem Ausmaß vor-genommen wurden, die sich nicht nur auf die Tariflöhne, sondern auch auf die Über-verdienste erstreckten, so kommt man zu der Überzeugung, daß der Rückgang der Lebenshaltungskosten den Ausfall an Ar-beitsverdienst nicht auszugleichen ver-mochte. Während die Lebenshaltungskosten von Januar bis Dezember um 7 Prozent zurückgingen, waren die tariflichen Lohn-sätze bereits bis Ende Oktober um 7 Pro-zent gesunken. Dazu kommt der Lohnabbau in den letzten Monaten, die Herabsetzung der Akkordsätze und die starke Beschnei-dung der übertariflichen Verdienste.

tionen arbeitsbereiter Menschen aller Welt-teile aufs ernste bedroht.

Die Befürchtungen der Sozialdemokratie haben sich als berechtigt herausgestellt: Es ist unmöglich, alljährlich Milliardenbeträge aus einem einzigen Lande herauszuziehen, um sie ohne Gegenleistung anderen Län-dern zuzuschicken. Ein Irrsinn geradezu ist es, solche Leistungen von einem Lande zu verlangen, dem man durch wachsende Zoll-mauern den Absatz seiner Produkte außer-halb seiner Grenzen immer mehr erschwert.

Niemand als gerade die deutsche Sozial-demokratie ist in höherem Maße berechtigt, der Reparationskonferenz die Mahnung zu-zurufen: „Macht Schluß, endgültig Schluß mit den Reparationen!“

Agrarland. Hier erhielten bei den Amtrats-wahlen in Prozent der Stimmen:

Nationalsozialisten	41,0	21,8
Bürgerliche Parteien	18,5	36,4
SPD. und KPD.	40,5	41,8

Auch in Mecklenburg-Schwerin steht die Arbeiterfront unerschüttert da. Die Stim-men, welche die Nationalsozialisten ge-wannen, gingen den bürgerlichen Parteien verloren.

Als dritte Gruppe faßt Stephan die Han-sastädte zusammen, mit fast aus-schließlich evangelischer und gewerblicher und kaufmännischer Bevölkerung. Es er-hielten in Prozent der Stimmen:

	Hamburg		Bremen	
	1931	1930	1931	1930
Nationalsozialisten	26,2	19,2	25,6	12,0
Bürgerliche Parteien	22,9	29,3	30,2	40,1
SPD. und KPD.	49,5	50,0	42,1	45,5

In diesen beiden Industrie- und Handels-städten sind die Wahlerfolge der National-sozialisten recht bescheiden. Das Bürger-tum ist hier zur Nazibewegung etwas kriti-scher eingestellt als in manchen anderen Gegenden. Bedenklich ist der Stimmen-rückgang der SPD. und der KPD. in Bremen, aber dabei spielen wohl gewisse örtliche Vorkommnisse eine Rolle.

Nun die letzte Gruppe, Hessen und Oldenburg. In beiden Ländern kommt auch das Zentrum mit in Frage. Hier er-hielten in Prozent der Stimmen:

	Hessen		Oldenburg	
	1931	1930	1931	1930
Nationalsozialisten	37,1	18,5	37,3	27,3
Bürgerliche Parteien	10,6	27,5	15,9	26,9
Zentrum	14,3	13,9	17,6	17,1
SPD. und KPD.	38,0	40,1	28,2	28,7

Die Wahlergebnisse aus Hessen und Oldenburg zeigen am klarsten, woher die nationalsozialistischen Stimmen kommen: Der Zusammenbruch der bürger-lichen Parteien ist der Aufstieg der Nationalsozialisten. Die Ar-beiterschaft hat zwar in Hessen einen kleinen Verlust zu verzeichnen, im ganzen ist ihre Front aber auch hier angriffest.

Welche Folgerungen sind aus diesen Wahlergebnissen nun für die nächste Zu-kunft zu ziehen? Stephan ist der Meinung, daß in den erwähnten Freistaaten die Nationalsozialisten den bürgerlichen Parteien schon so ziemlich alle Wähler abgewonnen



„Nur fort aus dem Gestank! Nicht geschenkt möchten wir das Zeug.“



# Aus dem Verbandsleben



## Vom neuen Gau Sachsen

Mit Beginn des neuen Jahres ist, wie berichtet, durch die Zusammenlegung der seitherigen Gaue Leipzig und Dresden der Gau Sachsen mit dem Sitz in Dresden entstanden. Über die Entwicklungsgeschichte unseres Verbandes in dem heutigen Freistaat Sachsen erhalten wir eine Zuschrift, der wir das Folgende entnehmen:

Zur Zeit der Gründung unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes im Jahre 1893 bis zum Jahre 1898 machte das sächsische Vereinsgesetz die Errichtung von Zahlstellen des Verbandes unmöglich. Um den Schikanen des sächsischen „Juwels“ zu entgehen, behalf man sich mit der Einsetzung von Vertrauensmännern, die die Verwaltungsgeschäfte besorgten. Die Mitglieder wurden vom Verband als Einzelmitglieder geführt. Dabei wurde eine lebhaftere Werbetätigkeit von den Agitationskommissionen betrieben, die ihren Sitz in Dresden, Leipzig und Chemnitz-Gera hatten. Als im Jahre 1898 das Verbandsgebiet in Gaue gegliedert wurde, wurden in Sachsen die Gaue Dresden, Leipzig und Chemnitz gebildet.

Die Entwicklung des Verbandes ging von dieser Zeit an gut vorwärts. Da aber neben der unermüdeten Agitationsarbeit auch auf dem Gebiete der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen alle Kräfte eingesetzt werden mußten, war es nicht mehr möglich, diese Arbeiten im Nebenamt auszuführen. Im Jahre 1903 wurde zunächst im Gau Chemnitz ein besoldeter Gauvorsteher angestellt, 1905 folgte der Gau Dresden. Dieser Anstellung ging voraus die Aufteilung des bisherigen Gau Leipzig. Im Jahre 1907 wurde der Sitz des Gau Chemnitz nach Leipzig verlegt. Diese Umorganisation hat damals besonders in Kreisen der Leipziger Kollegen wenig Sympathie gefunden; später hat man jedoch anerkannt, daß der Verband dadurch wesentlich gefördert wurde. Schon 1907 machte sich im Leipziger Gau die Anstellung eines zweiten Gauvorstehers notwendig und einige Jahre später auch im Dresdener Gau. In diese Zeit fiel die sprunghafte Entwicklung zum Tarifvertrag. Erst betrieblich, dann örtlich wurden Tarifverträge abgeschlossen, und das Jahr 1907 brachte dann den Übergang zum zentralen Tarifvertrag für das ganze Reich.

In der Nachkriegszeit sind neben dem weiteren Ausbau der Tarifverträge im Holzgewerbe auch die übrigen Branchen gefolgt, und soweit nicht Reichsverträge abgeschlossen wurden, konnten vielfach Landesverträge geschaffen werden.

Auch die Struktur der Holzindustrie hat in Sachsen wesentliche Änderungen erfahren. Die Großbetriebe breiteten sich aus, und ihre technische Ausgestaltung machte starke Fortschritte. Dagegen ist die Zahl der Kleinbetriebe in der Tischlerei zurückgegangen. Dadurch sind, besonders im Lande, dem Verband wesentliche Stützpunkte verlorengegangen.

Dagegen ist der Aufgabenbereich der Funktionäre gewachsen. Auf arbeitsrechtlichem Gebiet und in der Sozialgesetzgebung sind zu den alten Aufgaben neue hinzugekommen. Das hat in Verbindung mit der lohnpolitischen Gestaltung schon seit längerer Zeit dazu geführt, daß die Frage des engeren Zusammenschlusses im Gau diskutiert wurde. Das bevorstehende Ausscheiden der beiden Leipziger Gauvorsteher machte das Problem akut. Auf Anregung des Verbandsvorstandes wurde die Frage der Schaffung größerer Bezirksverwaltungsstellen und der Zusammenlegung der beiden Gaue in den Verwaltungsstellen und zur Konferenz erörtert, und schließlich wurden die inzwischen durchgeführten Beschlüsse gefaßt. Ein Verbandsrat hat sich die Zusammenlegung reibungslos vollzogen. Nur vereinzelt haben sich Schwierigkeiten ergeben, die aber bald überwunden sein dürften. Die Haltung der Unternehmer

in Sachsen zeigt, wie notwendig der enge Zusammenschluß unserer Kräfte ist. G.

Zu der bereits veröffentlichten Liste der zusammengelegten Verwaltungsstellen ist noch nachzutragen: Die Verwaltungsstelle Nossen ist an Dresden, die Verwaltungsstelle Limbach an Chemnitz angeschlossen.

Die Verhandlungen wurden am 31. Dezember vor dem angerufenen Schlichter fortgesetzt. Es kam zu einer Verständigung, durch welche der Tariflohn an der Spitze in der Ortsklasse Ia auf 104 Pf., in den übrigen fünf Ortsklassen auf 103, 93, 88, 83 und 79 Pf. festgesetzt wird. Die Akkordsätze wurden um 8 Prozent gesenkt. Außerdem wurden die Montagezuschläge neu geregelt.

an Möbeln, Fenstern usw. sowie zerbrochene Fensterscheiben zu uns zu bringen“. So heißt es in dem Werbebrief, der mit „Heil Hitler!“ unterzeichnet ist.

Der Hinweis auf die zerbrochenen Fensterscheiben ist besonders angebracht. In der Produktion von zerbrochenen Fensterscheiben sind ja die Hitler-Buben besonders leistungsfähig. Der Hinweis darauf hat vielleicht die Wirkung, daß die „werten Pg.“ sich anstrengen, um die armen Leimer in Nahrung zu setzen.

## Gekränkte Leberwurst

Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Tarnow, hat es mit der „Holzindustrie“, dem Organ des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie, verdorben. In seiner Neujaahrsnummer entrüstet sich das Blatt darüber, daß Tarnow bei einer Revolutionsfeier in Leipzig in seiner Rede davon sprach, daß „nicht die Marxisten, sondern die verbrecherisch unfähige Unternehmerschaft der Wirtschaft jenen Stoß versetzt habe, unter dem die werktätige Bevölkerung besonders zu leiden hat“. Die „Holzindustrie“ findet es unverständlich, daß Tarnow, wenn er so von der Unternehmerschaft denkt, mit dieser Unternehmerschaft im Deutsch-Französischen Wirtschaftsausschuß an einem Tisch sitzt. Sie meint, Tarnow hätte die günstige Gelegenheit, „hier einmal seine Führerrolle ins beste Licht zu setzen und zu zeigen, wie er es fertigbringen will, für die deutschen Holzarbeiter auf Grund seiner — gewiß selbstlosen — Tätigkeit im Deutsch-Französischen Wirtschaftsausschuß Arbeit heranzuschaffen“.

Die Worte „gewiß selbstlosen“ in dem Elaborat der „Holzindustrie“ sollen wohl ironisch gemeint sein. Zur Beruhigung der besorgten Gemüter sei bemerkt, daß das Reich den Mitgliedern des Deutsch-Französischen Wirtschaftsausschusses in keiner Form ihre Aufwendungen ersetzt oder ihnen eine Vergütung zahlt. Um genau zu sein: lediglich der Reisepaß wurde ihnen unentgeltlich ausgestellt. Der ganze Hinweis auf Tarnows Tätigkeit im Deutsch-Französischen Wirtschaftsausschuß ist aber an den Haaren herbeigezogen. Auf die Aufgaben dieses Ausschusses kann hier nicht näher eingegangen werden, doch sollte man auch in der Redaktion der „Holzindustrie“ wissen, daß der Ausschuß nicht zu dem Zweck eingesetzt wurde, um für die Holzindustrie oder eine andere Industrie unmittelbar Aufträge hereinzuholen.

Recht sonderbar finden wir es, daß sich ausgerechnet die „Holzindustrie“ über den Vorwurf gegen die verbrecherisch unfähige Unternehmerschaft getroffen fühlt. Hat denn die „Holzindustrie“ noch nichts gehört von den Herren, die den Anspruch erhoben, als deutsche Wirtschaftsführer anerkannt zu werden, während sie sich in Wirklichkeit in verbrecherischer Weise bereichern haben zum Schaden der deutschen Wirtschaft? Hat sie nie etwas gehört von den Direktoren der „Favag“, von den Laibusen, den prominenten Leitern der Raiffeisenbank, dem Herrn Katzenellenbogen und den vielen anderen Finanzgrößen, die schließlich als gemeine Verbrecher entlarvt wurden? Und außer den entlarvten Verbrechern gibt es noch manche „Wirtschaftsführer“, denen vielleicht kein kriminelles Verbrechen nachzuweisen ist, die aber durch ihre „Führung“ der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt haben.

An diese Herrschaften denkt man, wenn man von verbrecherisch unfähigen Unternehmern spricht. Zur Beruhigung der „Holzindustrie“ sei aber ausdrücklich festgestellt, daß es noch keinen Menschen eingetallen ist, die kleinen Tischlermeister, wenn sie auch „Unternehmer“ sind, als Wirtschaftsführer anzusprechen. Daß gerade die „Holzindustrie“ die gekränkte Leberwurst spielt, wenn Vorwürfe gegen die verbrecherischen Wirtschaftsführer erhoben werden, wirkt unsäglich komisch.

## Den Alten zur Ehr'



Arno Schwalbe



Josef Heine



Bruno Teufert

Kollege Heine ist Mitglied der Verwaltungsstelle Lenzkirch; hier bekleidet er seit mehr als 20 Jahren das Amt des Kassierers in vorbildlicher Treue. Die Kollegen Schwalbe und Teufert gehören der Verwaltungsstelle Frankenberg (Sachsen) an, die jetzt mit Chemnitz verschmolzen ist. Beide Kollegen, die dem Verbands seit 40 Jahren angehören, haben stets mit in vorderster Reihe der örtlichen Holzarbeiterbewegung gestanden. Kollege Teufert war 32 Jahre lang Kassierer der Verwaltungsstelle und auch in diesem Amte ein vorbildlicher Verbandsfunktionär.

## Den Jungen zur Lehr'

### Lohnregelung nach der Notverordnung

Nach einer Zusammenstellung des Verbandsvorstandes war bis zum Jahresschluß eine Lohnregelung auf Grund der Notverordnung erfolgt in 73 Tarifgebieten für rund 78000 Beschäftigte. Für das Holzgewerbe kommen hierbei 16 Tarifverträge für 36225 Beschäftigte in Betracht. In zwei Fällen (Brandenburg und Württemberg) kam der Nachtrag zum Tarifvertrag auf Anordnung des Schlichters zustande, in den übrigen auf Grund freier Vereinbarung. In der Sägegewerksindustrie handelt es sich um 14 Tarifverträge für 14600 Beschäftigte. Auch hier war in zwei Fällen (Ostpreußen und Südwestdeutschland) eine Anordnung des Schlichters erforderlich. In den sonstigen Branchen sind 43 Tarifverträge für 27127 Beschäftigte registriert, wobei in allen Fällen der Nachtrag auf Grund freier Vereinbarung zustande kam. Die angegebenen Zahlen der Beschäftigten beruhen auf der Erhebung vom Ende des Jahres 1930, in der Zwischenzeit dürfte vielfach eine Veränderung eingetreten sein.

### Ergebnislose Verhandlung in Berlin

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schlichter für Südwestdeutschland, Dr. Kimnich, als Sonderschlichter bestellt, um eine vertragliche Regelung für das Holzgewerbe in Berlin herbeizuführen. Herrn Dr. Kimnich ist es allerdings gelungen, die beiden feindlichen Unternehmerorganisationen an den gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen, in der Sache hatten aber seine Bemühungen keinen Erfolg, obwohl drei Tage lang, vom 4. bis 6. Januar, verhandelt wurde. Dem Versuch, einen neuen Mantelvertrag zu schaffen, stellten sich solche Schwierigkeiten entgegen, daß die weiteren Verhandlungen bis zum 8. Februar vertagt wurden. Ebenso blieben die Verhandlungen über ein Lohnabkommen ergebnislos; ein Schiedsspruch konnte nicht gefaßt werden.

### Holzgewerbe im Bezirk Hamburg

Bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband über die Anpassung an die Notverordnung gab es einige Schwierigkeiten, die nicht behoben werden konnten.

### Holzgewerbe im Rheingebiet

Die Verhandlungen zur Schaffung eines Lohntarifs fanden am 5. Januar vor dem Schlichter statt. Sie endeten mit einem Schiedsspruch, der den Spitzenlohn mit Wirkung bis zum 29. Februar 1932 auf 95 Pf. festsetzt; vom 1. März 1932 an beträgt der Spitzenlohn 92 Pf. Diese Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Mai 1932 gekündigt werden.

### Holzgewerbe in Sachsen-Anhalt

Der seit einigen Monaten bestandene vertraglose Zustand ist beendet. Der Schlichtungsausschuß Magdeburg hat am 4. Januar einen Schiedsspruch gefaßt, dem sich die Parteien im voraus unterworfen haben. Der Tariflohn für über 22jährige Facharbeiter beträgt in den vier Ortsklassen 94, 90, 85 und 80 Pf.

### Südwestdeutsche Sägewerksindustrie

Über die Anpassung der Löhne der Säger in Württemberg und Baden an die Notverordnung wurde am 30. Dezember vor dem Schlichter verhandelt. Durch die von diesem gefaßte Entscheidung wird auch der Ortsklassenschlüssel geändert, auch sind einige Orte in eine andere Klasse versetzt. Der Spitzenlohn für Gruppe a (selbständige Blockbandsäger) beträgt nunmehr in den vier Ortsklassen 77, 70, 64 und 58 Pf. Der Tariflohn der Hilfsarbeiter über 23 Jahre beträgt 73, 67, 61 und 55 Pf.

### Tischler vom Dritten Reich

Der Tischler Leimer in Freiberg in Sachsen betreibt mit seinem Sohn eine Tischlerei, aber die Geschäfte gehen schlecht. Ihre Hoffnung ist das Dritte Reich, und so haben sie sich einen Werbebrief drucken lassen an die „werten Pg.“. An sie richten sie die Bitte, „uns durch Überschreibung Ihrer Aufträge in die Lage zu versetzen, wieder Gehilfen, selbstverständlich nur erwerbslose Parteigenossen, einzustellen“. Die Leimer leimen alles, „nicht nur neue Möbel und Innenausbauarbeiten wollen wir Ihnen liefern, wir bitten auch Reparaturen

Mit Gefühnen Kaiser Wilmanns ist der 3. Wochenauslieferung föllig



# Holzindustrie



## Notverordnung und Tischlerhandwerk

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verbietet, „einem anderen Empfehlungen, Ratschläge und ähnliche Anregungen dahin zu erteilen, für Waren oder gewerbliche Leistungen im inländischen Geschäftsverkehr bestimmte Preise zu fordern, es sei denn, daß die empfohlenen Preise entsprechend den Vorschriften der Notverordnung gesenkt sind“.

Diese Bestimmung richtet sich vornehmlich gegen die Innungen, die ihren Mitgliedern die Einhaltung bestimmter Verkaufs- oder Leistungspreise empfehlen oder auch direkt vorschreiben. Solche Innungspreise haben nach der Notverordnung nur Gültigkeit, wenn sie ab 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 gesenkt worden sind.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat jetzt die obersten Landesbehörden mit der Überwachung der „Leistungen des Sattler- und Tischlerhandwerks“ beauftragt. Die Regierungen der einzelnen Freistaaten haben also festzustellen, ob und welche Tischlerinnung den Mitgliedern bestimmte Verkaufs- und Leistungspreise vorschreibt, wenn ja, dann ob diese den Bestimmungen der Notverordnung entsprechend gesenkt worden sind.

Auf das Ergebnis dieser Feststellung sind wir ebenso gespannt wie die Tischlermeister selbst und ihre Innungen.

## Aus der russischen Sägewerksindustrie

Vor einiger Zeit sind mehrere englische Holzindustrielle in Rußland gewesen, um die Sägewerksindustrie aus eigener Anschauung kennenzulernen. Über ihre Eindrücke und Feststellungen haben sie einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstattet, aus dem das „Holz-Zentralblatt“ einen Auszug veröffentlicht.

Die Engländer betonen, daß sie sich in Rußland vollkommen frei bewegen können und daß sie in den einzelnen Sägewerken stets unangemeldet erschienen sind. „In den meisten Orten,“ heißt es in dem Bericht, „die wir besuchten, leben die Leute hauptsächlich als Arbeiter bei den Sägewerken, und fast jeder Bewohner war irgendwie mit der Holzwirtschaft verbunden. Ihr Leben war ein offenes Buch für uns. Wir waren in der Lage, die Wohnungen des jetzigen und früheren Regimes zu vergleichen. Die Lebensbedingungen, nach dem englischen Standard beurteilt, sind relativ keine guten. Die Nahrung, obgleich gesund, ist überaus einfach und nicht besonders schmackhaft. Sie besteht meistens aus Roggenbrot in Laiben von 10 bis 12 Pfund, getrockneten Fischen, Butter und Käse und einem kleinen Teil Fleisch.“

In Dubrowsky an der Newa, ungefähr 30 Meilen von Leningrad, liegt das Sewsaples-Sägewerk, das vor dreieinhalb Jahren gebaut wurde. Das Werk besitzt acht moderne Gatter, ferner gehört zu ihm eine Papierfabrik. Beschäftigt werden 1000 Arbeiter in drei Schichten zu je acht Stunden. In Kem befindet sich das Sägewerk auf der Popow-Insel. Wieviel Arbeiter hier beschäftigt werden, wird nicht berichtet. Gemeldet wird nur, daß alle Arbeiter in Akkord arbeiten und einen gleich hohen Lohn erhalten. Die Arbeitszeit beträgt sieben Stunden.

In Soroka befinden sich mehrere Sägewerke. Die jährliche Schmittholzproduktion beträgt hier 80 000 Standard (1 Standard = 4,67 Kubikmeter), davon gehen 58 000 Standard ins Ausland. Beschäftigt werden 3000 Arbeiter, davon sind 65 Prozent Frauen. Das Sägewerk in Onega war zur Zeit des englischen Besuchs nicht in Betrieb. Vorhanden sind acht Gatter. Der Ort zählt 2600 Einwohner, davon arbeiten

„1300 im Sägewerk, davon sind 60 Prozent Frauen“. In Archangelsk arbeiten von den 165 000 Einwohnern 20 000 in den Sägewerken und auf den Holzlagerplätzen. „Wir besuchten zuerst einen der größten Betriebe (Säge Nummer 5 und 6) mit einem Lagerplatz von 59 000 Standard. In ungeheuer großen Schuppen wird das Holz aufgestapelt und getrocknet. Alle Männer und Frauen arbeiten mit Handschuhen. Für das laufende Jahr hat der „Exportleß“ (Name des hier zuständigen staatlichen Holztrüsts) den Werkleitungen 45 000 Paar solcher Handschuhe zur Verfügung gestellt. Die Sägewerke Nummer 5 und 6 verarbeiten jährlich 280 000 Bloche. Das Programm sieht den Bau von weiteren 94 Arbeiterhäusern vor, jedes Haus beherbergt mehrere Familien. Es wird immer mehr zur Gewohnheit, daß die Frauen ihre Mahlzeiten im Betrieb einnehmen und ihre Kinder den Kindergärten zur Beaufsichtigung übergeben. In den Werken sahen wir sogenannte Schwarze Listen der nichtwilligen und nichtarbeitstüchtigen Arbeiter. Es wird als Schande betrachtet, seinen Namen auf der Schwarzen Liste prägen zu sehen.“

Über das Leben und Treiben im Leningrader Hafen berichten die Engländer unter anderem folgendes: „Der Leningrader Hafen war der erste, den wir besuchten. Er ist der Verschiffungshafen und Stapelplatz für ungefähr 100 landeinwärts gelegene Sägewerke. Zur Zeit unseres Besuchs harrten ungefähr 90 000 Standards Schnittmaterial der Verschiffung. 400 000 Standards werden jährlich von Leningrad aus verschifft; außerdem noch große Quantitäten von Gruben- und Papierholz. Im Dock können 150 Schiffe untergebracht werden. Zur Zeit unseres Besuchs wurden 25 Schiffe verladen. Die Mechanisierung in der Verladearbeit ist fast vollständig erreicht und der Fortschritt in dieser Beziehung bewunderungswert. Es ist der bestausgestattete Verladeplatz der Welt. Wir sahen mechanische Stapler; alle Vorrichtungen zum Verladen sind elektrisch eingerichtet. In der Saison wurden ungefähr 16 000 Männer und Frauen beschäftigt, im Winter über 6000. Die Arbeiter sind gut gekleidet und gut beschuht und sehen alle gesund aus. Es wird in Akkord gearbeitet. 8 bis 9 Rubel ist durchschnittlich der Lohn, Überstunden werden nicht gern gesehen. Die Arbeit auf den Docks beträgt sechs Tage in der Woche einschließlich eines freien Tages. Die Verladung geschieht in drei Schichten. In den Fabriken arbeitet man vier Tage; ein Tag ist frei. Die Arbeitsbedingungen sind gute, die Löhne und die anderen Verhältnisse sind mit der Gewerkschaft vereinbart. Wir sahen Sanitätsbaracken, Ruheräume, Speisesäle und andere soziale Einrichtungen.“

Die Angaben in diesem Bericht der englischen Holzindustriellen werden unsere Sägerkollegen sicher interessieren, über manche werden sie freilich gleich uns den Kopf schütteln. Da aber nicht feststeht, ob es sich bei den fraglichen Stellen um Berichts- oder Übersetzungsfehler handelt, sehen wir von einer kritischen Betrachtung ab.

## Nun wird's klappen

Die Erzgebirgische Holzindustrie AG. in Brand-Erbisdorf hat in den letzten Jahren glänzende Gewinne gemacht. Ihre Aktionäre erhielten für das Geschäftsjahr 1928/29 10 Prozent und für das Geschäftsjahr 1929/30 12 Prozent Dividende. Das nächste Geschäftsjahr schloß mit einem kleinen Verlust von 30 592 Mk. ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Die Hoffnung, daß das Geschäftsjahr 1930/31 besser abschneiden werde, trög; der Verlust erhöhte sich nicht nur auf 192 238 Mk. Zum Teil handelt es sich um Konjunkturverluste, in der Hauptsache jedoch um Verluste bei verschiedenen Abnehmerfirmen. Da zur Deckung des Gesamtverlustes der Reservefonds von 105 000 Mk. nicht aus-

reicht, wird er auch diesmal wieder auf neue Rechnung vorgetragen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 600 000 Mk.

In der Generalversammlung der Gesellschaft in den letzten Dezembertagen 1931 wurde der dritte Sohn des ehemaligen sächsischen Königs, Prinz Ernst Heinrich, Herzog zu Sachsen, in den Aufsichtsrat gewählt. „Dem Prinzen“, schreibt das „Berliner Tageblatt“, „der in München in einem Bankhaus gelernt hat, werden recht gute kaufmännische Fähigkeiten nachgerühmt. Vor zwei Jahren erregte es in Sachsen ziemliches Aufsehen, als bekannt wurde, daß sich der Prinz, obwohl sein Papa bei bester Gesundheit ist, von seinem Ohm, dem Prinzen Johann Georg, hatte adoptieren lassen. Als Grund dieser auffallenden Verwandtschaftsmodifikation stellte sich bald heraus, daß die Sekundogeniturrente, die der Freistaat Sachsen nach dem Abfindungsgesetz dem Prinzen Johann Georg zu leisten hat, mit dessen Ableben erlöschen würde, da dieser Prinz kinderlos ist. Durch Adaption des jetzigen Aufsichtsratsmitgliedes Herzog Ernst Heinrich wurde diese Rente dem ‚Familienverein Wettin‘, wie sich der ehemalige König mit seiner Verwandtschaft in vermögensrechtlicher Beziehung nennt, gerettet. Denn auch Ernst Heinrich hat Nachkommen.“

Ob das Geschäft, von dem hier mit und für den Prinzen Ernst Heinrich die Rede ist, für die Erzgebirgische Holzindustrie AG. der äußere Anlaß war, diesen in den Aufsichtsrat zu berufen, wissen wir nicht. Jedenfalls aber verspricht sie sich von seiner Mitarbeit einen Vorteil für ihr Geschäft. Wenn das eintreten sollte, so wäre dies auch im Interesse der schon einmal an die 200 Mann starken Belegschaft zu begrüßen.

## Brandversuche mit imprägniertem Sperrholz

Die Sperrholzfabrikanten suchen für ihre Erzeugnisse immer neue Verwendungsmöglichkeiten. Ihre Monatsschrift, das „Sperrholz“, wirbt mit Eifer und Geschick für den Werkstoff Sperrholz. Auf ihre Initiative sind wohl auch die Versuche zurückzuführen, die kürzlich mit Sperrholz als Bühnendekorationsmaterial gemacht worden sind. Nach den bestehenden Vorschriften müssen Bühnendekorationen aus unverbrennlichem Material hergestellt sein. Sperrholz eignet sich für Bühnendekorationen sehr gut; um es verwenden zu können, mußte es bisher auf Blech oder Asbest aufgeleimt werden. Da dies eine ziemlich teure Sache ist, wurde versucht, das Sperrholz durch Behandlung mit einem bestimmten Imprägnierungsmittel unverbrennlich zu machen. Diese Versuche sind, wie Dipl.-Ing. Kohsan, Baurat bei der Berliner Feuerwehr, in der „Bühnentechnischen Rundschau“ mitteilt, gelungen.

Die Imprägnierung des Sperrholzes kann entweder vor der Verleimung erfolgen oder die fertigen Sperrholzplatten werden je nach ihrer Stärke 6 bis 24 Stunden in eine Feuerschutzlösung gelegt. In beiden Fällen ist dann das Sperrholz unverbrennlich. Kohsan berichtet über einen Brandversuch mit einer 3 Millimeter starken Sperrholzplatte, die nach der Verleimung etwa 24 Stunden lang in einer Feuerschutzlösung eingelegt worden war, und emer gleich starken unbehandelten Sperrholzplatte. „Während die unbehandelte Platte bereits nach 10 Sekunden durchgebrannt war und nach dem Entfernen der Lötflamme mit heller Flamme bis zum Ablöschen weiterbrannte, trat bei der imprägnierten Platte ein Entflammen überhaupt nicht ein. Diese Platte verkohlte nur im Umfange der Brennoberfläche, und erst nach 12 Minuten Brenndauer erfolgte der Durchbruch der Lötflamme. Die Verkohlung glühte nach Fortnahme der Lötflamme nur ein bis zwei Sekunden nach, so daß eine Weiterverbreitung des Feuers hierdurch

ausgeschlossen ist. Während der Hitzeentwicklung traten innerhalb der Brennoberfläche kleine Flämmchen auf, die aber jedesmal sofort nach dem Entfernen der Lötflamme erloschen. Dies ist ein Beweis dafür, daß das Objekt selbst nicht brannte, sondern lediglich die infolge der erhöhten Temperatureinwirkung aus dem Holz entwickelten Gase. Nur wenn die beobachteten Flämmchen nach dem Temperaturabfall durch Entfernen der Lötflamme nicht erloschen wären, könnte man von einer Entflammung des Objektes selbst sprechen, wie es bei der unbehandelten Platte der Fall war.“

Auch Brandversuche mit einer glühenden Eisenblechplatte hatten ein gleich günstiges Ergebnis. Kohsan kommt auf Grund seiner Feststellungen zu dem Schlusse, daß die Versuche gezeigt haben, daß es ein wirksames Mittel zur Unentflammarmachung von Sperrholz gibt und daß der Verwendung von so imprägnierten Sperrholzplatten für Bühnendekorationen keine Bedenken entgegenstehen.

## Kein Preisabbau für Kisten

Der Verband der Kistenfabrikanten läßt durch die bürgerliche Handelspresse der Öffentlichkeit mitteilen, daß die Preisabbaubestimmungen der letzten Notverordnung für die Erzeugnisse der Kistenindustrie keine Geltung haben. Die Kistenpreise seien schon seit Jahr und Tag ständig abgebaut worden, so daß jetzt eine neue Preisermäßigung nicht eintreten könne.

Es ist richtig, daß die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Kistenpreise nicht unmittelbar gesetzlich herabsetzt; ihre Preisbestimmungen gelten nur für Markenartikel und einige andere namentlich aufgeführte Waren. Aber ebenso richtig ist, daß die Reichsregierung eine allgemeine Preissenkung erstrebt. Um diese möglich zu machen, ist ein Abbau der Tariflöhne um 10 bis 15 Prozent vorgeschrieben und auch durchgeführt worden. Die Kistenfabrikanten haben von diesem Recht selbstverständlich pünktlich und restlos Gebrauch gemacht, ihre Kistenpreise aber bauen sie nicht weiter ab. Die Lohnsenkung hat hier also nicht den von der Brüning-Regierung vorausgesagten Erfolg.

## Schwerer Sturmschaden in den schwedischen Wäldern

In den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres sind weite Strecken des schwedischen Waldes von einem gewaltigen Sturm heimgesucht worden. Vor allem im nördlichen Uppland hat der Sturm arg gewütet; im ganzen rechnet man mit etwa 3,5 Millionen umgeknickten Stämmen. In manchen Gebieten steht kein einziger Baum mehr. Damit das Windbruchholz recht bald aufgearbeitet werden kann, fordern die Waldbesitzer einen Staatskredit. Bei den Aufräumarbeiten können alle Arbeitslosen der betroffenen Gebiete beschäftigt werden. Das sei, melden die bürgerlichen Zeitungen, „ein Glück im Unglück“.

## Artifex-Flintschleifblock

Unter diesem Namen ist seit einiger Zeit ein Schleifblock im Handel, der eine brauchbare Neuerung zu sein scheint. Das ist jedenfalls die Ansicht des Tischlers, dem wir den uns vom Hersteller zugesandten Probestein zur praktischen Verwendung gegeben hatten. Der „Artifex“ wird verwendet an Stelle von Glaspapier, Bausstein usw. zum Schleifen von Weich- und Hartholz. Man kann mit ihm trocken und naß, längs und rund schleifen, ohne daß es Kratzer gibt. Bei sachgemäßer Anwendung erzielt man mit ihm tadellose Flächen. Der „Artifex-Flintschleifblock“ wird in verschiedenen Körnungen und Größen geliefert. Zum Schleifen von Lacken eignet sich der „Artifex-Flintschleifblock“ nicht, für diese Arbeit empfiehlt sich die Verwendung des „Artifex-Siliziumschleifblocks“.



# Aus der Internationale



## Ein Jubiläum der Holzarbeiter Amerikas

Im August vorigen Jahres konnte die Organisation der amerikanischen Holzarbeiter ihr 50jähriges Jubiläum feiern. Am 12. August 1881 fand in Chicago eine Konferenz statt, auf welcher zwölf Ortsgruppen mit zusammen etwa 2000 Mitgliedern vertreten waren. Hier wurde die „Brotherhood of Carpenters and Joiners of America“ gegründet. Der Sitz der Organisation war zunächst in St. Louis, er wurde aber noch im Jahre 1881 nach Newyork und im Jahre 1913 von dort nach Indianapolis verlegt, wo er sich noch heute befindet.

Seinen jetzigen Namen, „United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America“, erhielt die Organisation, als sie sich 1888 mit der „United Order of American Carpenters and Joiners“, einem Ortsverein für Groß-Newyork, verschmolz. Später traten noch viele andere Verbände in die Brotherhood ein, so im Jahre 1912 die „Amalgamated Woodworkers' International Union“, die hauptsächlich aus Möbelarbeitern bestand, während 1913 und 1915 verschiedene Verbände der Schiffszimmerer hinzutraten. Im Jahre 1924 erfolgte schließlich der Übertritt der Zweigstelle, die der Britische Holzarbeiterverband mit Rücksicht auf die Wahrung der Interessen seiner ausgewanderten Mitglieder noch vor dem Jahre 1881 in Amerika gegründet hatte. Auf diese Weise wurde die Brotherhood die einzige und allumfassende Organisation des Holzgewerbes in den Vereinigten Staaten und Kanada.

In den fünfzig Jahren seines Bestehens hat der Amerikanische Holzarbeiterverband riesige Fortschritte gemacht. Die Zahl seiner Ortsgruppen ist von 14 auf annähernd 1900, die der Mitglieder von 2042 auf rund 300 000 gestiegen. An Streikunterstützungen hat er bisher rund 4 Millionen, an Sterbe- und Invaliditätsbeihilfe gut 13 Millionen und an Alterspensionen (seit 1. Januar 1930) über eine Million Dollar verausgabt. Eine hervorragende Leistung ist sicher auch das mit einem Aufwand von 2 1/2 Millionen Dollar errichtete Heim für alte Mitglieder in Florida. Auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hat der Verband sehr großen Einfluß ausgeübt. Während ein Zimmerer im Jahre 1881 für einen zehnstündigen Arbeitstag im Durchschnitt zwei Dollar bekam, beträgt der Lohn jetzt für acht Stunden Arbeit neun Dollar. Außerdem hat die Fünftageswoche gerade im Zimmerer- und Bautischlergewerbe große Ausbreitung gefunden.

Die United Brotherhood ist die zweitgrößte Organisation im Amerikanischen Gewerkschaftsbund. Seit dem Jahre 1926 ist sie auch der Internationalen Union der Holzarbeiter als Mitglied angeschlossen.

## Aus der Tschechoslowakei

In der tschechoslowakischen Republik hat der Nationalitätenhader der Gewerkschaftsbewegung schwer geschadet, noch mehr aber die von Moskau dirigierte Spaltungstaktik. Bis vor kurzem bestanden in dem Gebiet der Republik drei Holzarbeiterorganisationen. Die deutschsprachige mit dem Sitz in Reichenberg und zwei tschechische, die beide ihren Sitz in Prag hatten und von denen die eine nach Moskau orientiert war. Nämlich machen die auf Verschmelzung der Organisationen gerichteten Bestrebungen erfreuliche Fortschritte, nachdem unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse allmählich eine Annäherung der früheren kommunistischen Bewegung an die freigewerkschaftliche zustande gekommen ist.

Wie es „Lohnteil“ mittelt, haben die am 1. November 1931 vorgenommenen Verschmelzungsverhandlungen zwischen den beiden tschechischen Holzarbeiter-Verbänden mit dem Sitz in Prag, nämlich der freien „Unie drevodelniků“ und dem ehemals kommunistischen „Svaz drevodelniků“, nun zu deren vollständiger Verschmelzung geführt.

Vollzogen wurde die Vereinigung auf einem am 12. Oktober 1931 in Prag stattgefundenen gemeinsamen Verbandstag, nachdem am Tage vorher die beiden Verbände einzeln getagt hatten. An dem gemeinsamen Verbandstag nahmen 90 Delegierte der „Unie“ und 50 Delegierte des „Svaz“ teil. Als Vorsitzender der neuen Organisation wurde der bisherige Sekretär der „Unie“, Anton Mašek, als Sekretär Jaroslav Kratky vom „Svaz“, als Redakteur M. Smejkal von der „Unie“ gewählt. Vorstand und Kontrollkommission wurden zu zwei Dritteln von der „Unie“ und zu einem Drittel vom „Svaz“ bestellt. Das tschechische Verbandsblatt wird monatlich unter dem Titel „Drevodelnik“ erscheinen, während die Deutsch sprechenden Mitglieder eine besondere Zeitschrift erhalten sollen. Die Verschmelzung erfolgte auf der Grundlage der Statuten und des Unterstützungsreglements des freigewerkschaftlichen Verbandes, so daß die Mitgliedschaft in der freien Landeszentrale und in der IUH unverändert bestehen bleiben kann. Alle Bestimmungen sind am 1. Januar 1932 endgültig in Kraft getreten.

Der deutschsprachige Verband der Holzarbeiter mit dem Sitz in Reichenberg ist an dieser Verschmelzungsaktion nicht beteiligt. Versuche, eine engere Verbindung mit der Prager „Unie“ herbeizuführen, sind schon seit längerer Zeit unternommen worden. Sie haben zur Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses geführt, der der Verschmelzung vorarbeiten soll. Ob die Dinge schon so weit gediehen sind, daß der Reichenberger Verband auf dem zu Ostern bevorstehenden Verbandstag über die Verschmelzungsfrage beschließen kann, steht dahin.

Durch die Verschmelzung ist die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten tschechischen Holzarbeiter auf etwa 14 000 gestiegen. Das ist an sich sehr erfreulich, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der alte tschechische Verband vor der kommunistischen Spaltung (1921) 34 000 Mitglieder zählte. Nach der Spaltung blieben der freigewerkschaftlichen Richtung zunächst nur 3000 Mitglieder und den Kommunisten 15 000 Mitglieder, während der Rest dem Indifferentismus oder dem Faschismus verfiel. Im Laufe der Zeit ist dann die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Holzarbeiter auf 9000 gestiegen und die der kommunistischen auf 5000 gesunken.

Mit der Wiedervereinigung ist ein Strich unter einen wenig erbaulichen Abschnitt der Geschichte der tschechoslowakischen Holzarbeiterbewegung gezogen worden. Die abgespaltenen kommunistischen Mitglieder haben nach zehn Jahren bitterer Erfahrungen wieder heimgefunden. Mit vollem Recht betonte deshalb der Sekretär der Landeszentrale, Tayerle, daß man zwar die einzelnen Verbände, nicht aber den Geist der freien Gewerkschaftsbewegung liquidiert habe.

Die Wiedervereinigung der tschechischen Holzarbeiter wird hoffentlich nun auch jene vom politischen Hader gesäuberte Atmosphäre des ruhigen Schaffens entstehen lassen, die die Voraussetzung für die Beseitigung der nationalen Gegensätze ist, die noch immer in der Holzarbeiterbewegung der Tschechoslowakei klaffen.

## Verbandstag in Spanien

Vom 18. bis 20. Oktober 1931 hielt der junge Landesverband der Holzarbeiter Spaniens einen außerordentlichen Verbandstag zur Beratung dringender Verbandsangelegenheiten ab. Infolge der ungünstigen finanziellen Lage der meisten Ortsgruppen waren nur 18 mit rund 4750 Mitgliedern durch 22 Delegierte vertreten. Im Laufe der Tagung fand ein herzlicher Telegrammwechsel mit der IUH statt.

Aus dem einstimmig angenommenen Tätigkeitsbericht ging hervor, daß seit der im April 1930 erfolgten Gründung die Mitgliederzahl von 2998 in 29 Ortsgruppen auf 7309 in 51 Ortsgruppen gestiegen ist. Besonders seit der Errichtung der Republik am 14. April 1931 hat die Aufwärtsentwicklung sich in fast stürmischem Tempo vollzogen.

Nach einer Besprechung der Grenzstreitigkeiten mit dem Bauarbeiterbund nahm der Verbandstag eine Reihe von Resolutionen an, in denen er sich u. a. für Vereinheitlichung des Tarifwesens, Abschaffung der Akkord- und Überstundenarbeit, Einführung eines 15tägigen bezahlten Urlaubs, gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche bzw. strikte Handhabung des zur Zeit geltenden Achtstundentages und Verbot des Handels mit Holzwaren, die in Gefängnissen oder sonstigen Anstalten hergestellt sind, aussprach.

Ferner wurde beschlossen, in allen Teilen Spaniens eine umfassende Propagandaaktion durchzuführen. Ein Antrag auf Herausgabe eines monatlichen Organs wurde einer Urabstimmung überwiesen, während die Ernennung eines besoldeten Sekretärs mit Rücksicht auf die ungenügende finanzielle Lage vorläufig zurückgestellt werden mußte. Schließlich sprach der Verbandstag sich für eine Verschmelzung bzw. enge Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Böttcher aus.

## Verbandstag der polnischen Holzarbeiter

Über den im August vorigen Jahres in Krakau abgehaltenen außerordentlichen Verbandstag des Verbandes der Holzarbeiter Polens bringt das „Bulletin“ der Internationalen Union einen Bericht. Hiernach wurde im Vorstandsbericht, der sich auf die Zeit seit dem letzten Verbandstag im Dezember 1928 erstreckt, darauf hingewiesen, daß die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise in der Holzindustrie durch die chaotische Wirtschaft im Forstdepartement des Landwirtschaftsministeriums und durch das verhängnisvolle Gastspiel britischer Kapitalisten verschlimmert worden sind. Die polnische Holzindustrie ist nach dem Bericht keinesfalls auf Ausfuhr angewiesen, da der innere Markt bei normaler Bautätigkeit genügend Absatz für die Holzherstellung bietet.

Von den 9157 eingeschriebenen Mitgliedern waren zur Zeit des Verbandstages 8033 arbeitslos und von der Beitragsleistung befreit. An Unterstützung wurden 1929 8366 Zloty, im Jahre 1930 aber schon 18 549 Zloty ausgezahlt, während die Einnahmen dagegen einen katastrophalen Rückgang aufweisen. Zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit treten die Schikanen seitens der Behörden und vor allem die Wählerarbeit der von der Regierung aufgezwungenen faschistischen Gewerkschaften. Trotzdem gelang es in der Berichtsperiode, 116 Streiks durchzuführen, davon 76 mit vollem und 19 mit teilweisem Erfolg.

Der bedeutendste Streik fand Ende 1928 in den Fabriken für gebogene Möbel statt. Sehr ungünstig ist es um die Einhaltung der Sozialgesetzgebung bestellt. Trotz der großen Arbeitslosigkeit wird vielfach mehr als acht Stunden pro Tag gearbeitet. Auch ist es den Unternehmern 1930 gelungen, die Löhne um 10 bis 25 Prozent abzubauen. Seither sind weitere Lohnabzüge durchgeführt worden.

Der wichtigste Beschluß des Verbandstages war, daß im nächsten Jahre die Zentrale keine Unterstützungen zahlen wird, wohl aber die Ortsgruppen, die dafür bis 30 Prozent der Einnahmen anwenden dürfen. Ab 1. September vorigen Jahres bekommen Zentrale und Ortsgruppe je 50 Prozent der Beiträge.

## Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich

Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich weist gegenüber den deutschen Gewerkschaften wesentliche Unterschiede auf. Insofern besteht allerdings eine Übereinstimmung, als auch in Frankreich die Bildung von Berufsvereinen lange Zeit verboten war. Das Koalitionsverbot wurde in Frankreich erst im Jahre 1884 aufgehoben. Die dann ins Leben gerufenen Berufsvereine wurden von den Sozialisten gefördert. Das gereichte ihnen jedoch nicht zum Vorteil, denn die französischen Sozialisten waren in verschiedene Gruppen gespalten, und diese Spaltungen übertrugen sich auf die Gewerkschaftsbewegung. In Konkurrenz zu den Berufsvereinen traten die von den Behörden ins Leben gerufenen Arbeitsbörsen, die etwa unseren örtlichen Gewerkschaftskartellen, den heutigen Ortsausschüssen des ADGB., vergleichbar sind. Im Jahre 1892 wurde ein Verband der Arbeitsbörsen gegründet und einige Jahre später auch eine Zentrale der Berufsverbände ins Leben gerufen. Auf einem Kongreß im Jahre 1902 verschmolzen sich beide Spitzenverbände zum Allgemeinen Arbeiterbund (Confédération Générale du Travail, abgekürzt CGT.).

Die CGT. war syndikalistisch eingestellt, die revolutionäre Phrase spielte in ihr eine große Rolle. Daraus ergab sich ein Gegensatz zu der sozialistischen Bewegung, der sich mit der Zeit vertiefte. Erst nach dem Kriege vollzog sich eine Änderung; das Prinzip des Syndikalismus wurde verlassen und die CGT. trat für Sozialreform ein. Sie verlangte u. a. den Achtstundentag, die Einführung einer Sozialversicherung und die Anerkennung von Betriebsräten.

In den ersten Jahren nach dem Kriege hatten auch die Gewerkschaften in Frankreich einen starken Zulauf. Die Zahl der Mitglieder wuchs auf 2 1/2 Millionen. Aber diese Blüte dauerte nicht lange. Die Tradition des Syndikalismus und der revolutionären Phrase wirkte nach, und so kam es, daß der Moskauer Spaltungsbazillus in Frankreich Wurzeln schlug. Es wurden neue, nach Moskau orientierte Gewerkschaften gebildet, die sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschlossen. Wie zum Hohn nannte sich die Abspaltung „Einheitsverband“ (Confédération Générale du Travail Unitaire, abgekürzt CGTU.).

Diese Zersplitterung führte zu einer starken Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Im Jahre 1925 war die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf wenig mehr als eine Million zurückgegangen. Damals zählten die zur CGT. gehörigen Verbände 553 000 Mitglieder, die Verbände der CGTU. 505 000. Außerdem gibt es noch eine rein syndikalistisch-revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die aber unbedeutend ist und kaum 10 000 Mitglieder zählt. Stärker ist der seit 1919 bestehende Verband der christlichen Gewerkschaften, dem etwa 120 000 Mitglieder angehören. In den letzten Jahren gehen die kommunistischen Verbände rapide zurück. Zu Beginn des Jahres 1930 zählten die Verbände der CGTU. nur noch 290 000 Mitglieder, während die Verbände der CGT. auf mehr als 700 000 angewachsen waren.

Die Organisation der Holzarbeiter war in Frankreich immer ziemlich schwach, sie ist aber nach dem Kriege mit der übrigen Gewerkschaftsbewegung merklich erstarbt. Von der kommunistischen Spaltung wurde sie empfindlich betroffen. Zur Zeit dürfte der der Internationalen Union angeschlossene Holzarbeiter-Verband etwa 5000 Mitglieder zählen, während der „aristäre“ Holzarbeiter-Verband etwa 4000 Mitglieder hat. Die Organisation der Holzarbeiter in Elsaß-Lothringen, sie nennt sich „Holzarbeiter-Verband du Bas-Rhin“, ist keiner der beiden Spitzenorganisationen, auch nicht der Internationalen Union der Holzarbeiter, angeschlossen.

# Unterhaltung und Wissen



## Wintersonnen Samuel Suchende

2. Fortsetzung.

Der Verlust seines Anteils kümmerte Samuel wenig; weit mehr schmerzte ihn der Kummer des Vaters, der furchtbar mit anzusehen war. Dieser Schlag tötete Ephraim; er schien um zehn Jahre gealtert und kränkelte den ganzen Winter. Im Frühling erkältete er sich, wurde bettlägerig. Dann kam eine Lungenentzündung hinzu, und noch ehe die Kinder die Gefahr recht erfaßt hatten, war der Vater tot.

Er hatte Samuel zugeflüstert, nun werde er die Mutter wiedersehen. Der Knabe fand daher, es liege kein Anlaß zur Trauer vor, schämte sich fast der furchtbaren Verlassenheit und Angst, die ihn wellengleich überlütete. Er verbarg sein Leid, zeigte ein heiteres Gesicht — allzu heiter, fanden Adam und Dan, die mehr an die Meinung der Nachbarn als an Samuels Glauben dachten.

Der Knabe hatte während des Winters viel gegrübelt. Nach dem Begräbnis berief er einen Familienrat.



„Brüder“, sprach er, „der Hof ist für drei zu klein. Dan will heiraten, und wir können nicht immer alle hier leben. Manning sagte auch...“

„Ich will nicht wissen, was dieser Schurke sagte“, brummte Adam.

„Darin hatte er recht. Die Menschen bleiben auf ihrer Scholle, teilen das Land immer wieder, werden stets ärmer und ärmer. Ich habe daher beschlossen, fortzugehen. Nach der Stadt.“

„Was kannst du in der Stadt anfangen?“ fragte Dan.

„Ich weiß nicht“, erwiderte Samuel. „Werde mein möglichstes tun. Ich will ja nicht in die Wall Street gehen und ein Vermögen machen.“

„Sei nicht vorlaut“, murrte Dan.

Aber Samuel hatte seine Worte keineswegs ironisch gemeint. „Ich will ja nur arbeiten. Bin jung und kräftig, habe keine Angst. Ich werde schon jemand finden, der es mit mir versucht. Will recht fleißig sein, um weiterzukommen. Ich las über Knaben, denen das gelang.“

„Kein schlechter Gedanke“, meinte Adam.

„Kannst es ja versuchen“, sprach Dan.

„Es ist nur...“ Samuel zögerte. „Ich werde für den Anfang ein wenig Geld brauchen.“

„Ha“, brummte Adam. „Geld ist bei uns etwas Seltenes.“

„Wieviel willst du?“ fragte der andere Bruder.

„Genug, um mich sicher zu fühlen. Ich verspreche euch, nicht wiederzukommen, ehe ich Erfolg hatte. Werde nicht das kleine Kind spielen.“

„Woher soll das Geld kommen?“ lautete die nächste Frage.

„Ich dachte“, erwiderte Samuel, „ich könnte meinen Anteil am Hof verkaufen.“

„Das kannst du nicht“, sagte Adam schroff. „Bist noch minderjährig.“

„Das stimmt; aber ihr könnt mich doch wenn wir etwas abmachen, so halte ich es auch ein. Ihr könnt gewiß sein, daß ich nie zurückkommen und euch zur Last fallen werde.“

„Ja, das glaube ich schon“, Adams Stimme verriet leisen Zweifel, „aber man kann doch nie wissen...“

„Wieviel willst du?“ fragte Dan vorsichtig.

„Ich dachte... vielleicht hundert Dollar...“ Samuel stockte.

Adam und Dan wechselten einen raschen Blick, dann sagte Adam: „Du weißt ja, wie wenig Geld wir haben.“

„Trotzdem...“, warf Dan ein, „ich werde morgen ins Dorf gehen und sehen, was sich machen läßt.“

So fuhr denn Dan am folgenden Tag ins Dorf, kehrte abends heim. Die Brüder hielten abermals eine Beratung ab, und Dan holte acht neue Zehndollarscheine hervor.

„Ich konnte nicht mehr aufbringen“, sagte er. „Es tut mir leid, wenn es nicht genug ist.“ Er hielt inne. „Es muß eben genügen“, entgegnete Samuel. Die Brüder legten ein langes, bedeutsam aussehendes Dokument auf den Tisch. Samuel war viel zu höflich, um es durchzulesen, unterschrieb sofort, und das Geschäft war abgeschlossen. Noch in der Nacht packte Samuel seine spärlichen Habseligkeiten in ein Bündel, und vor Sonnenaufgang machte er sich auf den Weg. Seine Suche begann.

### Drittes Kapitel.

Er hatte das Bündel über den Rücken geworfen und die achtzig Dollar in einer Innentasche des Rockes festgesteckt. Sein Herz pochte rasch; er war jung, war frei — vor ihm erstreckte sich die Landstraße, das Abenteuer winkte lockend. Die Erinnerung an alle Pilgerfahrten, von denen er je gelesen, lebte in seinem Gedächtnis auf, wie er so auf der Anhöhe stand und nach dem alten Hof zurückblickte. Dann winkte er mit der Hand, wandte sich um, und seine Reise begann.

Da das Pferd vor den Pflug gespannt war, mußte Samuel die sechs Meilen bis zum Dorf zu Fuß zurücklegen. Von hier aus brachte ihn die Postkutsche nach der kleinen entlegenen Bahnhofsstation. Er mußte drei Stunden auf den Zug warten, beschloß daher, fünfzehn Cent zu ersparen und bis zur nächsten Station zu gehen. Damals bedeutete für Samuel die Entfernung nichts.

Unterwegs stieß er auf einen jungen Mann, der neben dem Geleise vor einem kleinen Holzfeuer saß und auf einem Stock Brot röstete.



„Hallo!“ rief der Fremde. „Sie haben es aber eilig!“

„Ja“, erwiderte Samuel.

Der Fremde war nicht viel älter als er, aber sein Gesicht schien verlebt und lauernd.

„Sie sind noch ein Neuling im Spiel, nicht wahr?“ fragte er.

„In welchem Spiel?“

Der andere lachte. „Wohin gehen Sie?“

„Nach New York.“

„Den ganzen Weg auf Schusters Rappen?“

„Nein. Ich gehe nur bis zur nächsten Station.“

„Aha! Was kostet die Fahrt?“

„Ich glaube sechs Dollar siebenunddreißig.“

„Hm. Und Sie haben das Geld?“

„Ja.“ Samuel sagte es ohne Stolz.

„Nun, Sie werden bald kein Geld mehr haben, wenn Sie so vornehm leben“, bemerkte der Fremde. „Weshalb fahren Sie nicht schwarz?“

„Was meinen Sie?“ erkundigte sich Samuel.

„Nur Dummköpfe bezahlen die Fahrt“, erklärte der Fremde. „Es wird bald ein Lastzug vorbeikommen, der bleibt dort beim Wasserturm stehen. Weshalb schleichen Sie sich nicht in einen der Wagen ein?“

Samuel zögerte. „Ich möchte das nicht gerne tun.“

„Setzen Sie sich“, sagte der andere.

Und er hielt ihm ein Stück geröstetes Brot hin, das Samuel aus Höflichkeit annahm. Sein neuer Bekannter war mit dreizehn Jahren von der Schule fortgelaufen, durchwanderte seitdem die ganzen Vereinigten Staaten. Eben kam er von einem Winteraufenthalt in Mexiko. Während Samuel

## Parteileben

**Wer über den Parteien sich wähnt mit stolzen Mienen, der steht zumeist vielmehr beträchtlich unter ihnen. Trau keinem, der nie Partei genommen und immer im trüben ist geschwommen! Doch wird dir jener auch nicht frommen, der nie darüber hinaus will kommen. Fällt einer ab von eurer Schar, so laßt ihn laufen und richtet nicht. Doch dem, der zu euch stoßen will von dort, dem schauet ins Gesicht! Halte fest an der Partei, wenn du ein Parteimann bist, aber unentwegt verleugne jeden Lügner und Sophist. Als Gegner achte, wer es sei! Strauchdiebe aber sind keine Partei!**

Gottfried Keller

den Abenteuern des anderen lauschte, quälte ihn der Gedanke, welch einen großen Teil der achtzig Dollar der Eisenbahnpreis ausmache; und so viel sollte er an einem einzigen Tage ausgeben!

„Kommen Sie“, sprach der Bursche, und sie schritten das Geleise entlang. In der Ferne pfliff der Zug. Samuels Herz pochte vor Erregung.

Sie verkrochen sich unweit des Wasserturms im Gebüsch. Der Zug blieb nicht stehen, verlangsamte nur seine Fahrt; Samuel schien es, er rase noch immer mit donnernder Geschwindigkeit. „Springen!“ rief der Fremde und rannte das Geleise entlang. Samuel sah, wie er einen Sprung tat, in einer Staubwolke verschwand.

Samuel verlor den Mut. Er wartete, Wagen um Wagen rollte vorüber. Dann aber nahm sich der Bursche zusammen. Schämte sich. Was andere können, kann auch er.

Er lief. Ein leerer Frachtwagen rollte heran; die Tür stand offen. Samuel sprang, klammerte sich an die Tür. Etwas riß ihn von der Erde fort, zertrte ihm fast die Arme vom Leib. Staub blendete ihn, aber er hielt sich krampfhaft fest, zog sich hoch. Im nächsten Augenblick schon lag er keuchend und zitternd am Boden des Wagens. Unterwegs nach der Stadt. (Fortsetzung folgt.)

## Eine gute Sache — eine schlechte Sache

Wir befanden uns in einer abgelegenen und in vieler Hinsicht merkwürdigen Gegend des Hamburger Hafens, drüben auf der Harburger Seite hinter der Vulkanwerft. Wir warteten auf die Fähre, ein zwei-stöckiges plumpes Gefäß, das vom Strom der Ebbe seitwärts abgetrieben mit komisch-ruckweisen Bewegungen zur Landungsbrücke strebte. Wir kamen ins Gespräch. Er war ein hagerer Mann, nicht mehr als mittelgroß, außerordentlich hink in jeder seiner Bewegungen. Er trug den in dieser Jahreszeit üblichen Gummimantel mit einem Gürtel, einen neuen Hut, ziemlich gute Schuhe und Socken, die auffallend gemustert waren. Der Mantel war so weit offen, daß man deutlich weiße Wäsche sah. Unter dem Arm trug er eine schwarze, große Ledermappe, wie Reisende sie zu benutzen pflegten. Er war mir aufgefallen, als ich ihn in seiner betont respektablen Kleidung, „fein in Schale“, wie man in Hamburg sagt, aus einem Kreis von Arbeitern sich lösen sah, die gerade Mittagspause hatten.

„Was für eine Branche vertreten Sie eigentlich?“

„Ja, das werden Sie kaum erraten, ich vertrete einen Verlag. Ich vertreibe vor allem ein fünfbandiges Werk, das ‚Die Volkshochschule‘ heißt.“

„Und das werden Sie hier im Hafen los?“

„Ja, gerade hier — und natürlich auch in Schulen. Aber wissen Sie, für Schulen und für Besuche bei Bürovorstehern und Direktoren eigne ich mich nicht besonders. Ich bin mager, in Deutschland muß man dick sein, wenn man so in den besseren Kreisen verkaufen will. Das besorgt meist mein Kollege, ein großer dicker Mann, früherer Schauspieler, der macht das ausgezeichnet. Wenn der seine Karte hineinschickt: ‚Vertreter der Volkshochschule‘, dann halten ihn die Herren zuerst mal mindestens für einen Professor.“

„Was kostet denn das Werk, das Sie an die Arbeiter verkaufen?“

„Das kostet 75 Mark; natürlich Ratenzahlung. Die erste Rate wird per Nachnahme erhoben, die anderen dann durch Zahlkarte.“

„Gibt es denn viele Arbeiter, die 75 Mark für die fünf Bände anlegen?“

„O ja, sehen Sie, die Leute wollen sich weiterbilden, man sollte gar nicht glauben, wie stark der Drang nach Bildung unter ihnen ist. Heute allerdings habe ich bloß einen Vertrag abgeschlossen, aber immerhin: meine Provision von den 75 ist 17 Mark, und die bekomme ich sofort ausgezahlt.“

„Wenn nun aber die Leute dann nicht zahlen können?“

„Das geht mich nichts an. Meine Provision ist davon unabhängig.“

„Kann ich die Bücher mal sehen?“

„Aber bitte sehr.“ — Der Proband war ein mäßig dickes Buch in Quartformat, etwa von der Stärke einer der populären Klassikerausgaben. Der Inhalt, soweit ich ihn beim flüchtigen Durchblättern übersah, bestand aus dem üblichen Material eines Konversationslexikons, zusammengefaßt zu Kapiteln, über Verkehrswesen etwa oder über Volkswirtschaft. Ein Material, das leicht zu beschaffen ist und zusammengedrängt auf fünf Bände nur allgemeine Weisheiten enthielt. Die Ausstattung, blaue Pappe mit Lederrücken, bot nichts Besonderes. Inzwischen redete der Mann weiter:

„Wenn die Arbeiter beim Mittag oder bei der Kaffeepause sitzen, dann komme ich an und sage: ‚Guten Tag, meine Herren, darf ich Sie vielleicht mit der Volkshochschule bekannt machen?‘ Und dann erzähle ich und zeige Prospekt und Proband und so. Alles muß sehr schnell gehen, die Leute dürfen gar nicht erst zum Nachdenken kommen, bis sie unterschrieben haben. Man muß sich auch die Leute ansehen, die Interesse haben. Heute z. B. waren bloß drei da, ein Alter und zwei Junge. Von dem Alten wußte ich, daß er nicht kaufen würde. Der eine Junge hatte rote Backen, der war vom Land, und das Landvolk kauft am schwersten. Der dritte, so ein junger Blasser, hat gekauft, aber da mußte ich mich natürlich vergewissern, ob er über einundzwanzig Jahre war.“

„Gibt es noch mehr Verlage, die auf diese Weise solche Bücher vertreiben?“

„Ja, die Konkurrenz ist scharf. Man muß schon mit lauter Tricks arbeiten, wenn man was absetzen will.“

„Wie meinen Sie das?“

„Na, zum Beispiel: Die Leute haben immer Angst, zu unterschreiben, weil sie arbeitslos werden können und weil sie dann die Raten nicht aufbringen können. Da sage ich ihnen dann, sie brauchen deshalb keine Angst zu haben; bei Arbeitslosigkeit könnten die Zahlungen bis zu sechs Monaten aussetzen. Dann unterschreiben manche, und wenn sie unterschrieben haben, dann können sie ja nicht mehr heraus aus der Sache. Aber im Vertrag, den sie unterschreiben, steht ein Passus: ‚Mündliche Vereinbarungen mit dem Vertreter haben keine Gültigkeit.‘“

Inzwischen war die Fähre drüben angekommen. Wir stiegen aus und unsere Wege trennten sich. Als ich allein weiterging, merkte ich, wie ich immer wütender wurde. Nicht auf den Mann, der seinen Lebensunterhalt nicht leicht verdiente, der seine schmutzigen Tricks nicht selbst erfand, der sie vielleicht gebrauchen mußte, um Frau und Kinder zu ernähren. Es war vielmehr die Wut gegen die systematische Ausbeutung, gegen die mißbräuchliche Benutzung einer guten Sache durch Leute, die nichts als verdienen wollen. Fünf Bände, mäßig in jeder Beziehung, und ein Preis von 75 Mark — nach meiner Schätzung sind sie zum mindesten dreifach überteuert. Und solche Bände werden Arbeitern angedreht, gerade den besten, den wissensdurstigen, denen, die weiterkommen wollen, die von diesen Büchern etwas ganz anderes erwarten als das, was sie darstellen. Sie können nur unter Arbeitern Käufer finden, unter den „Dummen“, die keine Ahnung haben, was Bücher kosten, die keine au-

deren Wege haben, an Bücher heranzukommen.

„Ein bedauerlicher Einzelfall“, werden viele sagen. Ich weiß es besser. Das System ist häufig, und überall beutet es die Armen aus. H. A.

### Bücher und Zeitschriften

**Carl Severing.** Eine Biographie von Dr. Hans Menzel. H.P.V. (Historisch-Politischer Verlag), Berlin, G.m.b.H., Berlin SW 68, Preis 1,25 Mk. — Die vorliegende Schrift bildet den Anfang einer Reihe von Porträtskizzen hervorragender politischer Führer der nachrevolutionären Zeit, die der Verlag herauszugeben gedenkt. Carl Severing ist, das müssen ihm auch seine ärgsten Hasser zugeben, ein Staatsmann großen Formats. Zugleich ein lebendiges Beispiel dafür, welche starken geistigen Kräfte in der Arbeiterschaft schlummern, denen erst die Demokratie die volle Entfaltungsmöglichkeit gegeben hat. Der Metallarbeiter Severing hat sich als Gewerkschaftsmann die Fähigkeiten angeeignet, die ihn befähigten, später auf exponiertem Posten seinen Mann zu stehen. Der Verfasser schildert in leidenschaftsloser Sprache den Werdegang des Menschen, des Politikers und des republikanischen Führers Severing. Diese Biographie ist eine wertvolle Bereicherung der politischen Literatur.

**Der rote Handel lockt.** Von H. R. Knieker-Böcker. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W 50, Preis

kartoniert 5,80 Mk. — Der Verfasser hat seinem mühsam erschienenen Buche „Der rote Handel droht“ nun ein zweites folgen lassen, in welchem nachgewiesen wird, daß derselbe rote Handel auch lockt. Und zwar die Unternehmer aller Staaten. Sonst wollen diese mit Sowjetrußland nichts zu tun haben, wenn es sich aber darum handelt, mit den Bolschewisten klingende Geschäfte zu machen, dann fliegen sie den russischen Handelsvertretern freudig in die Arme. Mitten z. B. die deutschen Sägewerksbesitzer über die starke russische Schmittholzeinfuhr jammern und schimpfen, soviel sie wollen, ihre Kollegen von der Holzbearbeitungsmaschinenindustrie liefern den Russen dennoch die neuesten Maschinen. Geschäft ist den Kapitalisten eben Geschäft. Während ein Teil der Unternehmer die russische Einfuhr bekämpft, fördert ihn ein anderer durch Gewährung günstiger mehr oder weniger direkter Kredite. Die Russen hätten ihre Industrie nicht in dem Maße aufbauen können, wie es geschehen ist, wenn sie nicht vor allem aus Deutschland Maschinen und andere Produktionsmittel mit mehrjährigen Zahlungsfristen erhalten hätten. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Ländern. Sehr interessant sind die Ausführungen des Verfassers über den russischen Holzaußenhandel. Doch scheint er den Russen manchmal mehr zu glauben, als sich verantworten läßt. So schreibt er auf Seite 153: „Die sowjetrussischen Plankmünder werden 1932 die Axt an 7.500.000.000 Kubikmeter legen, falls das Ziel des Fünfjahresplanes erreicht wird.“ Da ist es schließlich angedeutet, daran zu erinnern, daß der jährliche Holzwachstums der ganzen Erde nur auf 1.100.000.000 Festmeter geschätzt wird. Jeder russische Plan ist also eine lächerliche Phantasie. Auch wenn das Buch noch einen ähnlichen Schnitzer enthalten sollte, so ist es trotzdem ein lesenswertes

Buch, denn es zeigt dem Leser, welche Bedeutung der russische Handel für die Welt bereits hat und noch bekommen wird.

**Der Weg des Unheils.** Von Prof. Dr. Wilhelm Röpke. Marburg, S. Fischer Verlag, Berlin. Preis kartoniert 1,60 Mk. — Ein Buch von höchster politischer Aktualität. In nächster Zeit tritt die Reparationskonferenz zusammen. Von ihrer Entscheidung hängt es ab, ob die Weltwirtschaftskrise bald überwunden werden kann. Die Reparationen sind zwar nicht die entscheidende Ursache des schweren Daniederliegens der Wirtschaft, aber doch einer der hauptsächlichsten Ursachenfaktoren. Und sie sind das stärkste Hindernis für die wirtschaftliche Erholung der Welt. Der Verfasser weist das überzogene nach. Moge sein Appell an die Glaubigermächte den erhofften Widerhall finden, nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern ebenso sehr im Interesse der ganzen Welt.

**Deutscher Werkmeister-Kalender 1932.** Modelle, Modelle, Modelle. Herausgegeben von Oberingenieur C. E. Berek. A. Ziemsen Verlag, Wittenberg (Belle). Preis gebunden 3,50 Mk. — Wie seine Vorgänger hat auch der neue Modelltischler-Kalender wieder reichen Inhalt. Unter anderem behandelt er die Einrichtung einer neuzeitlichen Modelltischlerei, die Werkstoffe und Hilfsmittel des Modelltischlers, die geometrischen Aufgaben in der Modelltischlerei und den Modellbau.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

### Fach- und Lehrbücher für Tischler

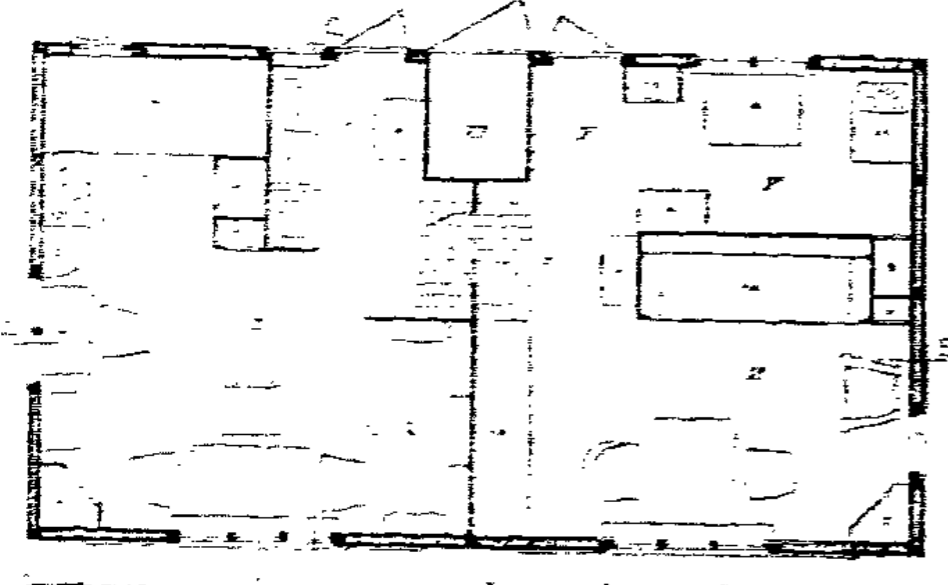
- Die Geschichte des Deutschen Tischlerhandwerks vom 12. bis 20. Jahrhundert. Von Fritz Hellwig; wirtschaftsgeschichtlich, technisch und kunsthistorisch bearbeitet. 750 Seiten. Umfang: 124 Abbildungen. Gebunden in Ganzleinen 15,—; Org.-Preis 10,—
- Der junge Tischler. Seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen. Von Heinrich und Weber. Zweite Auflage. Gebunden in Ganzleinen 6,—; Org.-Preis 4,—
- Das Gestalten der Tischlerarbeiten. Ein Lehrbuch für das Fachzeichnen und das Gestalten der Bau- und Tischlerarbeiten und der Möbel. Von A. Bläsek. Teil I: Das Fachzeichnen (Das Entwerfen; Die Werkzeichnung; Das Anpassen). Mit 144 Abbildungen. Gebunden in Ganzleinen 10,—
- Teil II: Die Konstruktion und die praktische Form (Das Material; Die Holzverbindungen; Das Furnieren; Das Polieren; Fußböden; Türen und Tore; Fenster; Tür- und Fensterläden; Treppen; Wandbekleidungen; Deckenbekleidungen; Sitzmöbel; Tische; Betten; Bettgestelle; Kastenmöbel, Schränke; Spielzeug). Mit 917 Abbildungen. Gebunden in Ganzleinen 12,—

- Teil III: Die Kunstform, allgemeine Richtlinien für das Gestalten der Tischlerarbeiten (Die Form [Verkürzungen, Belichtungs-effekte, Farbe, Kontraste]; Unser Sehen; Die Formensprache; Die Grundlagen des Ornamentes [Motive]; Das Ornament als solches). Mit 397 Abbildungen und 105 Tafeln. Gebunden in Ganzleinen 16,—
- Alle drei auf einmal bezogen 32,—
- Praktische Winke für die Werkstatt. Für Bau- und Möbelschreiner, von A. Schultheiß und K. Ulrich. 1. Band: Des Handwerkers Arbeit. Wie konstruiere ich?; Maßnehmen im Bau; Möbelmaße einschließlich Sitzmöbel; Kalkulation; Buchführung; Die maschinelle Einrichtung. Gebunden 2,50; Org.-Preis 2,—
- 2. Band: Vom Fachzeichnen des Tischlers; Bau- und Tischlerarbeiten; Fachtechnisches; Werbemittel. Gebunden 2,50; Org.-Preis 2,—
- Beide Bände zusammen 4,50; Org.-Preis 3,50
- Der Tischler. Eine Fachbibliothek für Schule und Werkstatt.
  - M. Ehrlich: Die Materialien des Tischlers .. 1,—
  - Fr. Sauvage: Die Holzverbände des Tischlers .. 1,—
  - G. Gauger: Die Projektion .. 1,—
  - Fr. Sauvage: Die Konstruktion des Möbelschneiders .. 1,—
  - M. Ehrlich: Die Maschinen des Tischlers .. 1,—
  - R. Anger: Die Kalkulation des Tischlers .. 1,—

Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

# „Fachblatt für Holzarbeiter“

Holzarbeitern, die sich mit dem Holzhausbau beschäftigen, werden Zeichnungen, Abbildungen sowie Beschreibungen über **Ein Kleinhaus am Meer**, das auch ebensogut im Binnenland aufgestellt werden kann, sehr willkommen sein



Leitzzeichnung aus dem obigen Artikel

- Das Januarheft 1932 des „Fachblatt für Holzarbeiter“ enthält weiter:
- Neue Büroräume in einem alten Bürohaus
- Das Drehschleiferhandwerk von heute
- Die Bettstatt im Wohnraum
- Wann ist das Schreinerholz hinreichend getrocknet?
- Ein Kleinhaus am Meer
- Bekämpfung gefährlicher Holzschädlinge
- Das Stapeln und Trocknen des Holzes
- Verkaufstisch mit freier Einsicht
- Die Sperrplatte im Möbelbau
- Frisiereinrichtung
- Isolierung gegen Kälte und Schall
- Etwas aus der Körperberechnung
- Antworten auf Fragen aus der Praxis:
  - Herstellung von Ringen für Stickrahmen
  - Zerstörung des Schutzanstriches durch Harz
  - Lasierung
- Aus der Fachliteratur
- Aus der Werkstatt für die Werkstatt:
  - Der Seitenbankhaken
  - Die Stoßlade
  - Säure- und gasfester Holzleim

Der Bezugspreis für das „Fachblatt für Holzarbeiter“ beträgt vierteljährlich 3,00 Mark. Für die Mitglieder des Verbandes, durch die Ortsverwaltung bezogen, vierteljährlich 1,80 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH., Berlin SO 16

### Tischlertachschule Blankenburg (Harz)

Staatsexaminiert Prof. Dr.-Ing. Knappe, Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienerf. Priv. Leitung Dir. Ludw. Reineking.

**Sportschlitten-Kufen**  
 usche, gebog., starke prima Ausführung, 100 120 140 160 200 cm  
 1,50 1,80 2,20 2,50 4,— Mk. pro Paar  
 Ringelkufen, 145 cm Schlittlänge, 5,— Mk. Schneeschuhe aus pa. Gebirg. usche, Preise auf Anfrage  
 Aufschraubbindungen (verstellb.) kompl. 7,50 Mk.  
 Luftfeldfettbindungen kompl. 5,—  
 Nichtgefallendes nehme ich zurück.

**M. WALTHER**  
 Dresden 23 / Rehfelder Str. 53

**Ortho Dohn.**  
**Bettfedern**  
 für reine, guttüllend Sorten. — Ein Kilo graue geschlossene 2,50 Mk. halbweisse 3 Mk., weiße 4 Mk., bessere 5 Mk., 6 Mk., daunenweiße 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. u. 12 Mk., weiße ungeschl. (Rupf) federn 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 7,50 Mk. Versand franco zollfrei gegen Nachn. Muster ihrer Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachse, L. O. P. Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen)

**Leim- u. Furnieröfen**  
 v. 44,— Mk. an franko. Preisl. kostenl. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

**Hobelbänke 60 RM**  
 2 m lg., kompl. Stahlsp., 1a Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis. Kari Ramisch, Pirna, Artilleriekasernen

### NEU! SCHWANGERSCHAFT

Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis

Mit Abbildungen / Preis 1,80 Mk.

Alles, was über die intimen Beziehungen zwischen Mann und Weib zu sagen ist, wird hier — durch Abbildungen trefflich erläutert — in offener klarer Weise eingehend besprochen. Das Buch ist mit gründlicher Sorgfalt von einem erfahrenen Frauenarzt bearbeitet.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
 Berlin SO 16 / Am Kölln. Park 2

**Original-süddeutsche Hobelbänke 65 Mark.**  
 2 m untere Blattlänge, Stahlspindeln.  
**Werkzeug-Neuheiten,**  
 Preisliste gratis und franko. Otto Beremann, Berlin-Lichterfelde-West

**Gummiwaren** Hygienem. Artikel Preisliste 0 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstrasse 8.

An alle Verwaltungsstellen!  
 Ortsverwaltungen können immer noch

# Almanach

Bestellungen aufgeben. Kollegen, schiebt eure Bestellung nicht hinaus, ein jeder muß diesen Ratgeber besitzen

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
 G. m. b. H. / Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2